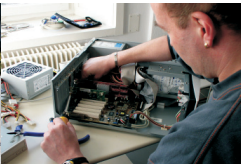


Verein des Bündner Staatspersonals
Associaziun dal personal dal chantun Grischun
Associazione del personale statale dei Grigioni

100 Jahre



VBS 1907 - 2007

Jubiläumsschrift Jahresbericht 2006



Unser neuer Haupteingang.

**Die Online-Krankenversicherung:
www.kpt.ch**

Jetzt zur KPT wechseln und online oder classic versichert bis 20% Prämie sparen.

**KPT
+ CPT**
Einfach gut versichert.

Willkommen zur Feier!

Gion Cotti, Präsident Verein des Bündner Staatspersonals (VBS)



Der VBS darf dieses Jahr sein 100-Jahr-Jubiläum feiern. Promotor der Vereinsgründung war Achill Gengel. Seine damalige Übersicht über die anstehenden Probleme, nämlich die Lohnfrage, die Altersvorsorge und die Regelung der Unfallversicherung, haben an Aktualität nichts eingebüsst. Gleiches gilt für die Pflege der Geselligkeit.

3

Der VBS ist heute eine Gewerkschaft, ein Dienstleistungsbetrieb und ein geselliger Verein mit einem für die Mitglieder ausgesprochen günstigen Jahresbeitrag. Diese vier Pfeiler sind das Erfolgsrezept unseres Verbandes. Den Grundstein für diese Erfolgsgeschichte hat Achill Gengel gelegt. Sein Programm war die Richtschnur für die Verbandspolitik der letzten 100 Jahre.

Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Notwendig ist heute ein gesamtheitliches Denken und Handeln. Daher hat der VBS in jüngster Zeit sein Blickfeld erweitert. Die Steuer- und Familienpolitik, aber auch die Sicherung der Sozialwerke, sind fester Bestandteil der Verbandstätigkeit geworden. Dieses gesamtheitliche Denken und Handeln wird die Zukunft unseres Verbandes bestimmen. Wichtig sind aber auch eine aktive Information der Mitglieder und eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit. Bei alledem darf der Verband den von Achill Gengel eingeschlagenen Pfad nicht verlassen und muss seine parteipolitische Unabhängigkeit bewahren.

Dieses Jahr sollen und dürfen wir uns über den runden Geburtstag des VBS freuen und diesen Meilenstein unserer Vereinsgeschichte feiern. In diesem Sinne heisse ich Sie am 4. Mai 2007 herzlich willkommen in Domat/Ems zur 100-Jahr-Feier des VBS.

Inhaltsverzeichnis

Seite

3	Gion Cotti: <i>Willkommen zur Feier!</i>	5
7	Festprogramm	
9	Peter Wettstein: <i>Herzlich Willkommen in Domat/Ems</i>	
10	Francesca Tambornino Caviezel: <i>Eine lange, schöne und interessante Geschichte</i>	
11	Eveline Widmer-Schlumpf: <i>100 Jahre VBS - ein Grund zum Feiern!</i>	
12	Flurin Caviezel: <i>Vom Büro auf die Bühne</i>	
13	Agathe Bühler-Flury: <i>Bündner Staatspersonal gestern und heute</i>	
15	Silvio Färber: <i>«Wir wollen unsere Ziele nicht in übereilter, oppositioneller Art erreichen» - ein Rückblick auf 100 Jahre Vereinsgeschichte</i>	
38	Urs Stauffer: <i>Die Bedeutung der Sozialpartnerschaft im öffentlichen Dienst</i>	
40	Jahresbericht 2006	
40	Schwerpunkt der Vereinstätigkeit	
43	Prioritäre Sachgeschäfte	
46	Ressorts	
47	Finanzen	
53	Mitgliederbestand, Organisation und Kommissionen	
56	Zusammenarbeit mit dem Zentralverband und anderen Personalverbänden	
57	Protokoll der 99. Generalversammlung des VBS	

Wie alles begann ...

Am 10. März 1907 wird der «Verein des Bündner Staatspersonals» (VBS)
im Churer Café «Splügen» aus der Taufe gehoben.

Konstituierende Versammlung

vom 10. März 1907

im Café Splügen in Chur.

Beginn mittags 2 1/2 Uhr, anwesend 21 Mitglieder.

Im Namen & Auftrage des provisorischen Vorstandes eröffnet
Herr Reg.-Sekretär Dr. A. Jüngel die Versammlung. Derselbe führt
ungefähr folgendes aus: Für am 10. Juli 1906 bestellte
provisorische Vorstand habe mehrere Sitzungen abgehalten und
einen Statutenentwurf aufgestellt. Er habe hierauf den Statuten-
entwurf an alle Beamten & Angestellten des Kantons, welche
Mitglieder der Beamten-Versicherungskasse sind, versandt, mit
der Einladung zu zahlreichem Beitritt in den Verein und zur
Teilnahme an der heutigen Versammlung. Wie dem Verein nicht
beizubringen wünscht, sei ersucht worden, Einladungskartula
und Statutenentwurf zu retournieren. Er könne nun mit Frieden
konstatieren werden, dass nur ganz vereinzelte Rücksendungen
erfolgten, und dass der Verein demnach gegen 200 Mitglieder
zählen dürfte.

Herr Dr. Jüngel geht darauf über zur Erläuterung der
vorgeschlagenen Statuten.

Festprogramm 2007

Freitag, 4. Mai 2007, Kantine Ems-Chemie, Domat/Ems

17.15 h Apéro

18.00 h Generalversammlung

Moderation Flurin Caviezel

★

Grussadresse Gemeindepräsident Domat/Ems

★

Ansprache Landespräsidentin Agathe Bühler

19.30 h Jubiläumsfeier

Hausterrine an Cumberland Sauce mit Waldorfsalat

*vegetarisch: Gemüseterrine an Schnittlauchsauce
mit Waldorfsalat*

★

Grussadresse Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf

★

*Schweinecarré am Stück gebraten mit Rotweinjus,
glasierten Karotten und Kartoffelkroquetes*
*vegetarisch: Aubergine gefüllt mit Ratatouille und Mozzarella
überbacken auf Tomatensauce, Kartoffelkroquetten*

★

Grussadresse ZV-Präsident Urs Stauffer

★

Reichhaltiges Dessertbuffet

★

Moderation und kabarettistische Einlagen: Flurin Caviezel

★

Musikalische Untermalung: Gruppe «Schilter»
mit Valentin Kessler, Reto Senn, Urs Senn und Rico Punzi

22.00 h Barbetrieb

02.00 h Ende der Jubiläumsfeier

STEINBOCK- STARKE

 Rhätische Bahn®
www.rhb.ch

BAHNERLEBNISSE 2007



Sende SMS an 9234 mit
Kennwort **rhb** und gewinne
steinbockstarke Reisen

JETZT KATALOG AM RHB-BAHNHOF

graubünden

Herzlich Willkommen in Domat/Ems

Peter Wettstein, Gemeindepräsident von Domat/Ems



Geschätzte Vereinsmitglieder, liebe Gäste, seien Sie uns in Domat/Ems recht herzlich willkommen; schön, dass Sie Ihr grosses Vereins-Jubiläum und Ihre diesjährige Generalversammlung in unserer Gemeinde feiern.

100 Jahre Vereinstätigkeit, das ist eine lange Zeit der Gemeinschaft unter Gleichgesinnten, der Stärkung des Einzelnen durch Gemeinschaftsgefühl und Solidarität, des Kampfes um Anerkennung und um angemessene Anstellungs- und Arbeitsbedingungen. Es sind aber auch viele Jahre des Einsatzes für unseren Kanton, der wirkungsvollen Unterstützung von Regierung und Grosse Rat, der loyalen und kompetenten Mitwirkung bei der Bewältigung der grossen Herausforderungen, denen sich unsere Bevölkerung zu stellen hatte.

Wie gross die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft seit der Gründung des VBS sind, kann am Beispiel unserer Gemeinde gezeigt werden: 1907, im Gründungsjahr Ihres Vereins, wurde in Domat/Ems die elektrische Beleuchtung eingeführt (dank der Initiative von Privaten übrigens, weil sich die Gemeinde auf Betreiben der Petroleum-Verkäufer dagegen ausgesprochen hatte), und ein Jahr später, 1908, gab es den ersten Telefonanschluss in der Gemeinde. Erst 10 Jahre später, 1917, wurde mit einer «Gemeindeschreiber-Stelle» die erste Verwaltungsstelle im Dorf bewilligt.

Das hat sich seither allerdings geändert; derzeit beschäftigt unsere Gemeinde 30 Voll- und Teilzeitmitarbeiterinnen oder -mitarbeiter in der Bau- und Forstgruppe, der Verwaltung sowie 90 Lehrkräfte. Gesamthaft werden pro Monat mit Teilzeit- und Nebenerwerbsfunktionen 160 Lohnabrechnungen erstellt.

Ich hoffe sehr, dass Sie sich in Domat/Ems wohl fühlen und dass Sie ein paar frohe und mit diesem wichtigen Jubiläum auch feierliche Stunden unter Gleichgesinnten verbringen dürfen. Ihrem Verein gratuliere ich zum Geburtstag und wünsche ihm auch weiterhin viel Erfolg mit seinem Einsatz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung.

Eine lange, schöne und interessante Geschichte

Francesca Tambornino Caviezel, Mitglied im Vorstand von VBS und ZV

10



Im Jahre 1979 trat ich als 19-jährige in die Dienste der städtischen Verwaltung ein. Ich erinnere mich noch sehr gut, wie damals, kaum angestellt, meine Vorgesetzten, mich anfragten, ob ich im Beamtenverein mitmache. Ich war geneigt, nein zu sagen, merkte aber sogleich, dass dies Verhalten in keiner Weise toleriert würde. Es blieb mir fast keine andere Wahl als mitzumachen. Kurz und gut, ich wurde zu den Versammlungen mit-

genommen. Rückblickend muss ich schmunzeln, wenn ich daran denke, wie es heute ist. Man muss schon gute Argumente haben, um ein neues Mitglied gewinnen zu können. Die Mitgliederwerbung ist nach meiner Erfahrung alles andere als einfach. Beim Beamtenverein der Stadt Chur wurde ich im Jahre 1989 als Aktuarin gewählt. Die Verbandstätigkeit machte mir Spass und ich lernte viel. Spannend fand ich auch die Arbeit in der Pensionskassen- und in der Personalkommission. Eine grosse Herausforderung stellte für mich die Wahl in den Vorstand des Zentralverbandes Staats- und Gemeindepersonal Schweiz.

Im Jahre 2002 wechselte ich von der Stadtverwaltung zur Kantonalen Verwaltung. Nach einem kurzen Gespräch mit dem Präsidenten Gion Cotti habe ich mich bereit erklärt, die Vertretung des Kantons Graubünden im Zentralverband (ZV) zu übernehmen. Damit verbunden war auch meine Einsitznahme im Vorstand des VBS.

Ohne zu übertreiben kann ich auf eine interessante und befriedigende Tätigkeit beim VBS und im Zentralvorstand zurück schauen. Für die Mitarbeitenden beim Kanton gibt es viele gute Gründe, warum eine Mitgliedschaft beim VBS ein Muss ist. Ist es selbstverständlich, dass anfangs Jahr die Teuerungszulage oder und eine Realloohnerhöhung gewährt wird? Nein, es ist zum Teil dem unermüdlichen Einsatz des VBS zu verdanken. Wie steht es mit der Revision der Personalverordnung?

Glaubt man wirklich, dass Verbesserungen einfach gewährt werden, ohne dass die Personalvertreter dafür kämpfen müssen? Ist man so blauäugig oder will ein Grossteil des Personals einfach nur profitieren? Vergessen darf man auch nicht die Arbeit der Vertreter des VBS in den verschiedenen Kommissionen, welche sich konsequent für die Interessen des Personals einsetzen. Für viele Mitglieder ist die Rabattliste mit den verschiedenen Angeboten ein wichtiges Argument um beim Verband dabei zu sein. Sicher ist das eine nützliche Sache, doch das Wichtigste für mich ist das Herzblut, die Zusammengehörigkeit, das Füreinander und das Miteinander. Diese ideelle und politische Dimension habe ich verschiedentlich vermisst.

Da ich meine Anstellung bei der Kantonalen Verwaltung per Ende 2006 gekündigt habe, scheidet mich aus dem VBS und aus dem Zentralvorstand aus. Ich wünsche dem jubelndem Verband weiterhin viel Erfolg und meinen Vorstandskolleginnen und Kollegen viel Biss und Freude bei der Arbeit.

100 Jahre VBS - ein Grund zum Feiern!

Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Departements für Finanzen und Gemeinden



100 Jahre Sozialpartnerschaft Liebe zwischen dem Verband des Bündner Staatspersonals, VBS, und dem Kanton Graubünden als Arbeitgeber; eine lange Zeit. Eine Zeit, in der viele positive und, wie in jeder Partnerschaft, auch einzelne negative Erfahrungen gemacht wurden. Die kantonale Verwaltung hat sich mehr und mehr zu einem Dienstleistungsbetrieb entwickelt. Die Anstellungsbedingungen sind mit Mitarbeitenden-Beurteilung, indivi-

duellen Lohnbestandteilen, Leistungsbonus und Arbeitszeitmenüs denjenigen in der Privatwirtschaft immer ähnlicher geworden. Der VBS hat stets mit grossem Engagement die Interessen der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung vertreten und gleichzeitig zunehmend an Gewicht und Einfluss gewonnen.

Wir leben in einer zunehmend hektischeren und auch kurzlebigeren Zeit, in einer Zeit auch des Struktur- und Wertewandels. Haushaltskrisen und Zeitgeist stellen die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben durch den Staat in Frage. Der Staat, die öffentliche Hand, wird immer wieder zur Zielscheibe von Kritik und für manch einen haben Leistungen des Staates per se etwas Anrüchiges an sich. Vergessen wird in der Öffentlichkeit gern, dass im Laufe der Zeit immer mehr Aufgaben, die früher von Privaten erledigt wurden, dem Kanton übertragen worden sind. Übersehen wird gelegentlich auch, dass vieles von der Politik reglementiert, perfektioniert - zum Teil zu weitgehend -, zementiert und teilweise auch aufgebläht wird. Die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung führen aus, setzen um, gestalten im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch kreativ mit.

Dass wir eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung und engagierte und motivierte Mitarbeitende haben, nehmen verschiedene Bürgerinnen und Bürger nicht oder kaum wahr. Funktionierte dann aber einmal etwas nicht ganz hundertprozentig, fällt dies überdimensioniert auf.

Ulrich Knellwolf, Krimiautor und Theologe, hat das Verhältnis Verwaltung - Politik - Regierung einmal folgendermassen umschrieben. «Die Verwaltung ist der Motor des Staates. Die Politik ist das Benzin und die Regierung der Lenker.» Ich bin überzeugt, dass man sich in unserem Kanton auch künftig bewusst ist, dass ohne einen guten, starken Motor, dass ohne motivierte, einsatzfreudige Mitarbeitende der Wagen nicht läuft.

Vom Büro auf die Bühne

Flurin Caviezel, Musiker und Kabarettist

12



Als ich 1998 als Kulturbeauftragter des Kantons Graubünden in der kantonalen Verwaltung angefangen habe, wurde ich ab und zu gefragt, ob ich nun nicht mehr Kabarett machen würde. «Doch, doch, aber jetzt besser bezahlt.» Das habe ich eigentlich nur der Pointe wegen gesagt und, um dem Gegenüber ein Lächeln abzugewinnen.

Als ich dann nach fünf Jahren meinen Job an den berühmten Nagel gehängt habe, habe ich erst richtig realisiert, was ich in den fünf Jahren alles gelernt habe. Ich denke da weniger an all die Abkürzungen, FIKO, RB, POA, NK, weniger an die Abläufe, weniger an die verschiedenen Arten, eine Sitzung zu leiten, weniger an das Zusammenspiel von Politik und Verwaltung, sondern an die Erkenntnis, dass es gar keine Verwaltung gibt. Es gibt nur Menschen, die in der Verwaltung arbeiten. Und diese Menschen habe ich sehr schätzen gelernt.

An Weiterbildungen habe ich jeweils viele neue Gesichter aus anderen Ämtern kennen gelernt und am Ende dieser Veranstaltungen konnte ich jedes Mal mein internes Netz um einige Maschen erweitern. Netze sind sehr nützlich. Sie können uns verknüpfen, sie erleichtern das Einfangen von Informationen und können uns in schwierigen Situationen auch auffangen. Dieses kollegiale Netz hat die Arbeit nicht nur erleichtert sondern auch bereichert. Ein Netz braucht Pflege. Um mit einem Netz erfolgreich umzugehen, braucht es auch Gleichgesinnte, die sich engagieren. Damit meine ich zum Beispiel all diejenigen, die sich in den vergangenen 100 Jahren für den VBS eingesetzt haben und auch die Frauen und Männer, die sich heute im VBS für die Interessen der Angestellten engagieren. Und wenn alle am gleichen Strick ziehen, können sie auch grosse Fische an Land ziehen. Ich hatte übrigens das Glück, dass ich während meiner Zeit in der Verwaltung von meinem Vorgesetzten, sprich Regierungsrat, nie «A Fisch igfanga han».

Als Musiker und Kabarettist brauche ich heute immer noch mein Netz. Mittlerweile ist es mit den Menschen aus dem Kulturbereich noch grösser geworden. Das Prinzip ist aber immer noch dasselbe: Wir unterstützen uns gegenseitig. Ja wir sind sogar auch in einem Verband organisiert. Alleine bin ich nur auf der Bühne, wie damals in meinem Büro. Aber alleine kann ich meine heutige Arbeit nicht machen, genau so wenig wie damals im Büro. Und was ich beinahe vergessen habe, ich habe nicht nur Kolleginnen und Kollegen. Dank der kantonalen Verwaltung habe ich ein paar ganz gute Freunde. Allein schon deshalb möchte ich meine Zeit als «Fixbesoldeter» nicht missen.

Flurin Caviezel hat bis 2003 das Amt für Kultur des Kantons Graubünden geleitet. Pränatal in Vals gereift, geboren in Scuol, aufgewachsen in Vicosoprano und Chur. Kurz: in dret grischun, un vero grigionese, a richtiga Püntner.

Bündner Staatspersonal gestern und heute

Agathe Bühler-Flury, Landespräsidentin des Kantons Graubünden



Im Jahr der Gründung des VBS – so stelle ich mir das vor – war die kantonale Verwaltung noch von bescheidener Grösse und in jeder Hinsicht überschaubar. Wahrscheinlich kannte jeder jeden persönlich. RB's, Protokolle und Korrespondenzen wurden noch handschriftlich ausgefertigt. Kantonale Beamte genossen hohes Ansehen und waren mit entsprechender Autorität ausgestattete Respektspersonen. Ihr Wort war Gesetz. Sehr ausgeprägt war

zu jener Zeit die Obrigkeitgläubigkeit. Die Verwaltung war eine reine Männerdomäne.

Und heute im Jahre 2007? Wie viele Angestellte vermögen sich in der von mir nicht historisch untermauerten Vorstellung von anno dazumal wieder zu erkennen? Ich behaupte: Niemand.

Der Beamtenstatus ist abgeschafft, handschriftlich ist heute gerade noch die Unterschrift. Obwohl die Verwaltung heute professioneller arbeitet, anspruchsvollere und komplexere Aufgaben und Funktionen wahrzunehmen hat, ist ihr Ansehen nicht dementsprechend gestiegen und auch von Obrigkeitgläubigkeit ist nicht mehr viel zu spüren. Das Anforderungsprofil einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters der kantonalen Verwaltung hat sich im Vergleich zu vor 100 Jahren völlig gewandelt. Neben Fachkompetenz ist insbesondere auch Sozialkompetenz gefragt. Neben Leistungserbringung ist auch lebenslanges Lernen angefragt. Die nächste grosse Herausforderung heisst bekanntlich Umstellung auf die neue Form der Verwaltungsführung nach GRIFORMA Grundsätzen.

Etwas dürfte sich allerdings bis in die heutige Zeit nicht verändert haben: die Verwaltung war damals einflussreich und ist es bis heute geblieben. Warum? Einerseits ist es die Verwaltung, welche im Auftrag von Parlament und Regierung Konzepte und Entscheidungsgrundlagen ausarbeitet und dabei oft die Stossrichtung und das Detail bestimmt. Andererseits gibt es Kontinuität nur bei der Verwaltung, da Parlaments- und Regierungsmitglieder immer wieder wechseln. Parlament und Regierung sind auch deshalb auf eine gut funktionierende Verwaltung angewiesen. Darum ist es wichtig, dass in der Verwaltung fachlich und menschlich bestens ausgewiesene Leute tätig sind. Als langjähriges Parlamentsmitglied kann ich auf Grund eigener Erfahrungen sagen, dass wir in unserem Kanton eine gute Verwaltung haben, die mit kompetenten und engagierten Leuten besetzt ist.

Ich möchte es nicht unterlassen, allen für das Engagement und das Wirken zum Wohle unseres Kantons, meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Die CSS Versicherung gratuliert
dem VBS zu seinem
100-jährigen Jubiläum!

Wir freuen uns mit unserem Vertragspartner VBS
über 100 Jahre engagiertem und erfolgreichem
Bestehen!

Hauptagentur Chur
Alexanderstr. 14, 7000 Chur
Tel. 058 277 50 00, info.chur@css.ch



«Wir wollen unsere Ziele nicht in übereilter, oppositioneller Art erreichen»

Ein Rückblick auf 100 Jahre Vereinsgeschichte von Silvio Färber, Kantonsschullehrer

Es ist kein Zufall, dass der «Verein des Bündner Staatspersonals» (VBS) unter dem damaligen Namen «Verein der Beamten und Angestellten des Kantons Graubünden» (VBAG) wenige Jahre nach Beginn des 20. Jahrhunderts gegründet wurde. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hatte in Europa und den USA eine mächtige, zweite Welle der Industrialisierung eingesetzt. Die Wirtschaft boomte, und die grossen Gewinn verheissenden imperialistischen und kolonialistischen Unternehmungen strebten ihrem Höhepunkt entgegen.

15

Wirtschaftsaufschwung in Graubünden

Die Schweizer Wirtschaft, die bereits damals stark in die Weltwirtschaft eingebunden war, konnte von diesem Aufschwung ebenfalls stark profitieren. In Graubünden allerdings herrschte in den achtziger Jahren wirtschaftlich zunächst noch Katerstimmung wegen der 1882 erfolgten Eröffnung der Gotthardbahn und dem damit verbundenen Zusammenbruch des Transitverkehrs durch unseren Kanton. Doch dann begann auch hier die Wirtschaft wieder zu wachsen. Der Bau der RhB, der Aufschwung des Tourismus, des Bankenwesens und einzelner kleinerer Industrien führte in mehreren Regionen in der Wende zum 20. Jahrhundert zu einem beachtlichen Sprung nach vorn. Noch heute sichtbare Zeichen davon sind in Chur das monumentale, 1905 erbaute Postgebäude, der 1907 begonnene Bau des Verwaltungsgebäudes der RhB, der 1908 bezogene Neubau der Rhätischen Bank an der Bahnhofstrasse (heute Crédit Suisse) sowie im Jahre 1909 der Beginn des Baus der Kantonalbank am Postplatz.

*Ein kantonaler
Strassenwart beim
Unterhalt der Julier-
strasse im Jahr 1901.
Im Hintergrund das
Dorf Marmorera, noch
nichts von seinem
Untergang in einem
Stausee ahnend.*



Auch die Bevölkerungszahl nahm in diesen Jahren markant zu. Zusammen mit der nach der Totalrevision der Bundesverfassung 1874 verstärkt einsetzenden Gesetzgebungstätigkeit führte die demographische und ökonomische Entwicklung in Graubünden wie anderswo zu einer

verstärkten Staatstätigkeit. War man nach der Gründung des Kantons im Jahre 1803 in der Zentralverwaltung noch mit fünf Funktionären ausgekommen, erhöhte sich deren Anzahl bis 1835 auf elf (ein Kanzleidirektor, ein Registrator, vier Sekretäre, drei Weibel, ein Standskassier mit Gehilfe); in der Wende zum 20. Jahrhundert beschäftigte der Kanton dann bereits über 200 Funktionäre. Dies und auch die Tatsache, dass es trotz der boomenden Wirtschaft längst nicht allen Leuten gut ging, führte zum Gedanken der Organisation des Staatspersonals.

Promotor Achill Gengel

Treibende Kraft, die zur Gründung des «Vereins der Beamten und Angestellten des Kantons Graubünden» (VBAG) führte, war ein provisorischer Vorstand, der sich am 10. Juli 1906 im Café-Restaurant «Splügen» an der Churer Grabenstrasse erstmals getroffen hatte, mehrere Sitzungen abhielt und an diesen einen Statutenentwurf ausarbeitete. Ob die Tatsache, dass nur wenige Wochen vor dem ersten Vorstandstreffen die Sozialdemokratische Partei des Kantons Graubünden gegründet wurde, eine zufällige Koinzidenz ist oder ob man mit der Organisation des Staatspersonal bewusst auch der Gefahr entgegenzutreten wollte, dass Funktionäre der tieferen Lohnklassen hinter den roten Fahnen her zu marschieren begannen, muss offen gelassen werden.



Führender Kopf im angesprochenen provisorischen Vorstand war zweifellos Achill(es) Gengel (1871-1937), der die konstituierende Versammlung leitete, die am 10. März 1907 stattfand. Gengel entstammte einer angesehenen, politisch aktiven Churwaldner Familie. Georg Gengel hatte 1803 den ersten Grossen Rat präsiert und Achills radikal-demokratisch gesinnter Vater Florian war von 1874-1879 Vertreter Bündens im Ständerat und präsierte diesen 1878/79. Achill hatte in Zürich, Bern und Leipzig die Rechte studiert und 1902 mit einer Dissertation über die Kreise und Gemeinden im Kanton Graubünden promoviert. 1904 wurde er Departementssekretär im Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement, 1913 Kanzleidirektor.

Achill Gengel (1871-1937).

Bild: Staatsarchiv Graubünden, FR I / KI / 1556b

Gründung des VBAG

Der provisorische Vorstand hatte seinen Statutenentwurf an alle Beamten und Angestellten des Kantons, die Mitglieder der Beamten-Versicherungskasse waren, versandt, verbunden mit der Einladung zum Beitritt in den Verein und zur Teilnahme an der Gründungsversammlung. An dieser nahmen am 10. März 1907 im «Splügen» 21 Personen teil.

Tagespräsident Gengel erläuterte zunächst die Statuten. Zweck des Vereins sei die Förderung der gemeinschaftlichen Interessen der Mitglieder. Man könne heute noch nicht absehen, was alles für Aufgaben und Ziele an den Verein herantreten würden und habe deshalb den Vereinszweck in einer umfassenden und elastischen Art formuliert. Politisch und religiös sollte sich der Verein neutral verhalten.

Über die beabsichtigte Vorgehensweise sagte Gengel: «Wir wollen unsere Ziele nicht in übereilter, oppositioneller Art erreichen, sondern vielmehr suchen, in Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse unsere Stellung zu verbessern. Wir dürfen dann auch eher entgegenkommende Berücksichtigung unserer Begehren seitens der vorgesetzten Behörden erwarten.» Entsprechend wolle man die Vereinsangelegenheiten auch nicht «in die Presse und ins grosse Publikum» bringen.

Danach gab Gengel eine Übersicht über die anstehenden Probleme: «1. Erzielung einer besseren Fühlung unter den staatlichen Beamten als dies bis jetzt der Fall war; 2. Entgegennahme von Vorschlägen und Anregungen, Pflege der Kameradschaft, Meinungs austausch unter den Mitgliedern; 3. Teilnahme an der Verwaltung der kantonalen Alters- und Versicherungskasse; 4. Besprechung von Gesetzesentwürfen und Verordnungen, eventuell Stellungnahme zu denselben, überhaupt aktivere Tätigkeit in Verwaltungsangelegenheiten; 5. Belehrung durch Vorträge im Verwaltungsfache; eventuell Einführung von Kursen; 6. Besoldungsangelegenheiten; 7. Erzielung von Vergünstigungen für Lebens- und Unfallversicherung etc. 8. Regelung der beruflichen Unfallversicherung; 9. Ferien.»

Aufnahme sollten im Verein alle Beamten und Angestellten des Kantons finden, mit inbegriffen das Personal der Kantonalbank, der Anstalten Waldhaus und Realta sowie des Plantahofes. Der Statutenentwurf wurde artikelweise diskutiert und mit nur geringfügigen Änderungen gut geheissen.

Der erste Vorstand

Nachdem man den jährlichen Mitgliederbeitrag auf Fr. 1.50 festgelegt hatte, schritt man zur Wahl des ersten Vorstandes. Präsident wurde Theodor Meyer. Der gebürtige Zürcher hatte 1883 an der ETH sein Forstingenieurstudium abgeschlossen und war vor seiner 1896 erfolgten Wahl zum Kreisförster Urner Kantonsförster gewesen. 1910 ernannte ihn die Regierung zum Kantonsforstadjunkten. Vizepräsident wurde Kriegskommissar Caffisch, Aktuar Verwalter C. Patzen, Quästor Bankbeamter Anton Giger, Beisitzer wurden Dr. J. Jörger,

Wachtmeister Jäger und Oberingenieur J. Solca. Als erste Rechnungsrevisoren amtierten Bezirksingenieur J. Danuser und Finanzgehülfe Flury. Die Zusammensetzung des ersten Vorstandes ist geradezu typisch für den VBAG bis gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und zeigt die starke Dominanz des höheren, zumeist akademisch gebildeten Beamtentums in der Vereinsführung.

Lohnfrage zum ersten ...

Bereits an der ersten Vorstandssitzung am 6. Juni 1907 stand die Lohnfrage im Zentrum der Debatte. Man beschloss, der Regierung zu beantragen, die in Aussicht gestellten Gehaltserhöhungen früher als geplant vorzunehmen. Im ersten Jahresbericht des Vereins steht dazu: «Anfang Juni wurde an den hochlöbl.[ichen] Kl.[einen] Rat ein Gesuch gerichtet, er möchte in Anbetracht der bedeutenden Verteuerung aller Lebensbedürfnisse möglichst bald eine Besoldungsaufbesserung vornehmen.»



**Wir planen Einrichtungen
für Büros, Wohnungen
und den Objektbereich.
Möbel, Lampen, Textilien**

**Reichsgasse 71
7000 Chur
Telefon 081 252 65 68
Fax 081 252 68 43
E-mail info@abitare.ch
www.abitare.ch**

[abitare]

Dem Begehren war teilweise Erfolg beschieden. Der Vorstand hatte um eine Lohnerhöhung auf Mitte des Jahres 1907 gebeten, die Regierung eine solche aber erst auf Beginn des Jahres 1909 vorgesehen. Wie hierzulande vielfach üblich, fand man zu einem Kompromiss: Die allgemeine Lohnanpassung wurde auf den 1. Januar 1908 vorgezogen. Im Landesbericht 1907 steht dazu, dass der Kleine Rat das Gesuch «im Allgemeinen für begründet» hielt, ihm aber aus finanzpolitischen Gründen nicht ganz folgen konnte. Unmittelbar anschließend an diese Feststellungen vermerkt die Regierung, «daß einzelne Beamte ihre Bureaustunden nicht pünktlich einhalten» und zeigt sich entschlossen, dagegen einzuschreiten.

Aus der Jahresrechnung für das Jahr 1907 geht hervor, dass der V BAG bereits in seinem ersten Jahr die beachtliche Zahl von 217 Mitgliedern in seinen Reihen aufnehmen konnte.

<u>Jahresrechnung pro 1907</u>	
Einnahmen: 217 Mitgliederbeiträge, inkl.	
Kaufmann, Forti	Fr. 342 30
Ausgaben : Druckkosten, Forti Fr. 90,34	
Anlagen in Bezug auf	Fr. 235 -
	<u>Fr. 325 34</u>
Kassabestand auf Ende 1907	Fr. 16 96
<u>Vermögens-Ausweis</u>	
1 Bezug auf B. Nr. 13573 der Gen. Kant. Lohnk.	Fr. 235 -
Kaufmann	Fr. 16 96
	<u>Fr. 251 96</u>
Kennzeichnungsblatt Ende 1907	

Protokollausschnitt mit der Jahresrechnung von 1907

... und dann immer wieder

Mit der Lohnfrage befasste man sich in den nächsten Jahren an beinahe jeder Sitzung und Versammlung. Im März 1909 entwarf der Vorstand gar zu Händen der Regierung eine eigene Lohnliste.

Auch in der Zeit während und nach dem Ersten Weltkrieg waren die Teuerungszulagen die alles dominierende Thematik an den Vorstandssitzungen und Vereinsversammlungen. Dennoch übte Staatsarchivar Robbi an der GV 1917 Kritik am Vorstand; dieser, so meinte er, habe in Sachen Teuerungszulagen noch zuwenig getan. Der Vorstand verteidigte sein Vorgehen und merkte an, dass es zwecklos sei, Versammlungen abzuhalten, um Druck auf die Regierung zu machen, «da unsere Mitglieder doch nie zu solchen erscheinen».

Inwieweit Robbis Kritik dazu führte, dass er noch am gleichen Abend zum neuen Präsidenten gewählt wurde, konnte nicht geklärt werden. Nachzuweisen ist indessen, dass unter Robbi die Debatten über die Teuerungszulage sowie soziale Leistungen noch intensiviert wurden. Die Jahresversammlung 1918 stand denn auch unter der bereits einen Hauch von Klassenkampf enthaltenden Devise «Einigkeit macht stark». Dass Robbi 1919 das Präsidium bereits wieder abgab, war Folge seines Ausscheidens aus dem Staatsdienst.

Die ökonomische Lage der Beamten und Angestellten war vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg prekär. In vielen Fällen reichte der Lohn nicht einmal zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse aus. Vielfach mussten Ersparnisse in Anspruch genommen werden – sofern solche überhaupt vorhanden waren. Deshalb wurden in dieser Zeit besonders viele Eingaben vom VBAG an die Regierung gerichtet; und zumeist konnte der Verein wenigstens Teilerfolge erreichen, wie z.B. Anfang 1919, als der Kleine Rat dem An-

Soziale Spannungen und Generalstreik

Die Nahrungsmittel- und Energieversorgung der Schweiz hing zu 40% von Importen ab. Trotz staatlicher Lenkungsmaßnahmen (Getreidemonopol 1915 zur besseren Koordination und Rationierung ab 1917) führte der Krieg zu starker Teuerung. Jeder Soldat leistete im Durchschnitt etwa 500 Dienstage und erhielt in dieser Zeit weder Lohn noch eine Verdienstausschüttung (diese wurde erst vor dem 2. Weltkrieg eingeführt). Dies führte in den ärmeren Bevölkerungsschichten zu harten Notlagen.

1916 kam es zu ersten linken Demonstrationen und Krawallen, Teile der Armee wurden gegen die eigene Bevölkerung zu «Ordnungsdiensten» eingesetzt. Angeregt durch die russische Oktoberrevolution kam es 1917 in Zürich zu grösseren Krawallen, bei denen vier Personen getötet und 28 verletzt wurden.

Die soziale Notlage war durch das bürgerliche Abblocken der an sich wohl begründeten linken Forderungen natürlich nicht gelöst. Im Juni 1918 lebte schliesslich ein Sechstel der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Bei Kriegsende rief das Oltener Komitee der Gewerkschaften einen landesweiten Generalstreik aus. Bundesrat und Parlament blieben hart und ordneten einen massiven Armeeinsatz an. Die Streikleitung musste nach drei Tagen kapitulieren. War also der Generalstreik von 1918 ein Misserfolg? Betrachtet man den Landesstreik als isoliertes Ereignis, so könnte man durchaus auf diese Idee kommen. Allerdings gibt es - knappe hundert Jahre später - nicht eine einzige Forderung des Oltener Komitee, die unerfüllt geblieben wäre: Was sich mit einem Generalstreik auf die Schnelle nicht erzwingen liess, wurde nach und nach auf dem ordentlichen demokratischen Weg mittels parlamentarischen Vorstössen, Volksinitiativen und nicht zuletzt konsequenter Überzeugungsarbeit doch noch durchgesetzt.

Quelle: www.geschichte-schweiz.ch



Chur, der Hauptsitz der kantonalen Verwaltung, um 1920

trag auf Erhöhung der Gehälter um eine Gehaltsstufe zwar nicht folgte, aber immerhin eine vorgesehene Gehaltserhöhung wiederum zeitlich vorzog. Es gab aber auch Momente, in denen der Präsident der Versammlung mitteilen konnte, dass die Forderungen des Vereins vom Grossen Rat in vollem Umfang gut geheissen worden seien.

Neben der alles dominierenden Lohnfrage wurden an den Vorstandssitzungen und Jahresversammlungen der Gründerzeit vorab noch Steuerfragen, die Beamtenversicherungskasse sowie Fragen zum Arbeitsverhältnis thematisiert.

Die Jahresversammlungen wurden nur selten von mehr als 20 Personen besucht, was vom Vorstand des öftern mit Bedauern konstatiert wurde. Bezeichnend dafür sind die sarkastischen Worte, die der Aktuar dem Protokoll der Versammlung voranstellte, die Ende Juni 1919 im «Marsöl» stattfand: «Es ist Sonntagnachmittag und lachender Sonnenschein prickelt in Wald und Feld. Nur schwer geprüfte und mit Sorgen bedrückte bündn. Beamte u. Angestellte können der freundlichen Einladung der Natur, zu ihr zu kommen, widerstehen u. pilgern gedrückten Mutes ins Marsöl zur Vereinsversammlung, wo höchst unpoetische Dinge besprochen werden sollen. Jedoch nur 20 Mann unseres Vereines sind Prosaiker u. Pessimisten, die anderen huldigen dem fröhlich heiteren Glauben an die Natur, an das Gute überhaupt u. an die göttliche Einsicht!»

Diese Worte scheinen, zusammen mit anderen Ermahnungen, Eindruck gemacht zu haben, denn an der nächsten GV waren dann immerhin «40 Mann» anwesend.

Zwanziger und dreissiger Jahre

Auch in den anschliessenden beiden Jahrzehnten dominierte die Lohnfrage die Vereintätigkeit. 1922 drohte ein Lohnabbau. Der VBAG wehrte sich selbstverständlich energisch dagegen. In den Diskussionen im Vorstand und an den Versammlungen ergriffen in dieser Zeit vornehmlich Beamte der höheren Gehaltsstufen, darunter besonders viele Kantonsschullehrer, das Wort.

Ende 1929 begann die westliche Welt in eine gewaltige Wirtschaftskrise zu schlittern, die in der Schweiz allerdings erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung spürbar wurde. Deshalb konnte man innerhalb des VBAG noch 1930 etwa über den wünschenswerten freien Samstagnachmittag debattieren. Nachdem die Weltwirtschaftskrise auch die Schweiz mit voller Wucht getroffen hatte, stand ab 1932 dann wiederum der Kampf gegen den drohenden Lohnabbau im Vordergrund der Vereinsaktivitäten.

Im Mai 1933 fasste der Grosse Rat den zeitlich bis Ende 1934 befristeten Beschluss, von den kantonalen Beamten und Angestellten ein «Notopfer» zu verlangen. Die Lohneinsparungen sollten für die Krisenbewältigung und für Notstandsarbeiten eingesetzt werden. «Durch



In bester Gesellschaft!

www.oekk.ch

20% Spezialrabatt auf Zusatzversicherungen für VBS - Mitglieder

... 20% RABATT ...

O'KK
Öffentliche Krankenkassen Schweiz

Jung und unkompliziert.

Protokoll
 der Vereinsversammlung vom 2. März 1936
 20^{1/2} Uhr in der Traube in Chur.

Anwesend sind 55 Mitglieder. Das Protokoll der Generalversammlung vom 17. Oktober 1934 wird verlesen und genehmigt. Als Stimmenzähler werden gewählt die Herren Handwirdel, Zanetti & Glavodetscher.

Der Präsident verliest zwei Schreiben von Herrn Grossrat Lüssler, mit welchen dieser in seiner Eigenschaft als Präsident der Sektion Chur des Schweiz. Verbandes des Personals öffentlicher Dienste den Beitritt zur heutigen Versammlung nachsucht, um auch das Personal der kant. Anstalten, das unserem Verein nicht angehört, in der Versammlung vertreten sein können. Mit der Begründung, dass die Vereinsversammlung nur Vereinsmitgliedern offen sein soll, wird der nachgewählte Beitritt des Herrn Lüssler mit 30 gegen 2 Stimmen abgelehnt.

Ausschnitt aus dem Protokoll der Vereinsversammlung vom 2.3.1936 in Chur.

diese Zweckbestimmung», hiess es im Parlamentsbeschluss, «findet der ... Akt der Solidarität der kantonalen Angestellten mit weniger gut situierten Volksgenossen sichtbaren Ausdruck.» Das Lohnopfer wurde entsprechend dem Einkommen abgestuft eingefordert: Bis 4'000 Fr. kein Abzug, bis 7'500 Fr. 5 %, bis 10'000 Fr. 10 % und über 10'000 Fr. 15 % Abzug.

An der Vereinsversammlung 1934 wies Dr. Danuser darauf hin, dass Graubünden bei der Erhöhung der Gehälter schweizweit in der hintersten Reihe, beim Lohnabbau aber an der Spitze sei. Regierungsrat Lardelli, Chef des Finanzdepartementes, der über eine weitere geplante Abbaumassnahme orientierte, sprach davon, dass 50 Fr. Gehaltskürzung pro Beamter erträglich seien, die RhB und der Bund mehr abbauen würden und es den Bauern noch schlechter gehe. VBAG-Präsident Michel widersprach energisch und prangerte Erwerbsgruppen an, die sich im Grossen Rat immer wieder gegen höhere Einnahmen wehrten, viele Vorlagen abwehrten, aber wenn es um die Staatsangestellten gehe, den Abbauvorlagen zustimmen würden.

Nach harten Diskussionen beschloss das Parlament Ende 1934 weitere Einsparungen beim Personal, u.a. eine tiefere Einstufung der nicht unterstützungspflichtigen Arbeitnehmer. Zwei

Jahre später stand ein neuerlicher Lohnabbau zur Debatte, nun nicht mehr als «Notopfer» deklariert, sondern «zur Herstellung des Gleichgewichtes in der kantonalen Verwaltungsrechnung». Wieder gab es heftige Wortwechsel innerhalb und ausserhalb des Parlaments. Nach der Abwertung des Schweizer Frankens verzichtete der Kleine Rat indessen auf sein Vorhaben.

Im Frühjahr 1937 verlangte der VBAG die Aufhebung der Lohnabbaumassnahmen und begründete dies mit der seit der Frankenabwertung eingetretenen Teuerung. Auf Antrag der Regierung kürzte der Grosse Rat das «Notopfer» im Mai aber nur um einen Drittel, da mit diesem der zur Zeit noch passive kantonale Krisenfond alimentiert werden müsse. 1938 wurde dann ein zweites und 1940 auch das letzte Drittel des «Notopfers» gestrichen.

Vierziger und fünfziger Jahre

Das Problem des Lohnabbaus stand auch während und nach dem Zweiten Weltkrieg klar im Zentrum der Bemühungen des Vorstandes, sich für seine Mitglieder möglichst wirkungsvoll einzusetzen, und dennoch konnten massive Einbussen nicht verhindert werden. Während den Kriegsjahren musste das Staatspersonal wegen der Teuerung eine Reallohnneinbusse von nicht weniger als 1/2 Jahresgehältern hinnehmen. Verständlich, wenn auch nicht wünschenswert und vom Vorstand entsprechend beanstandet, dass in diesen harten Zeiten einzelne Berufsgruppen des Staatspersonals gesondert für Verbesserungen kämpften und sich dabei teils auch gegenseitig auszuspielen versuchten.

Die Existenzbedrängnis führte dazu, dass die in Graubünden vertretenen Angestellten-Organisationen (VPOD, Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, Verband des christlich-nationalen Personals öffentlicher Betriebe, Kaufmännischer Verein und VBAG) sich zu koordinieren begannen, um zusammen die Interessen der Angestellten gegenüber der Regierung und dem Grossen Rat zu verteidigen.

Auch die Einsicht, dass eine schweizweite Vernetzung im Sinne des Vereinszweckes Sinn machen würde, wuchs in dieser Zeit. Nachdem im Vorstand bereits 1936 die Frage eines Beitritts zum Verband des Personals der öffentlichen Dienste aufgeworfen worden war, damals aber beschlossen wurde, einstweilen von einem Beitritt abzusehen, wurde die Angelegenheit in den vierziger Jahren immer wieder diskutiert und 1946 beschloss die GV dann den Beitritt zum Zentralverband des Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz. Dass sich dieser Schritt lohnte, wurde in den nachfolgenden Jahren und Jahrzehnten immer wieder hervorgehoben.

Der Lohnabbau ging nach dem Zweiten Weltkrieg durch das mehrheitliche Ausbleiben von entsprechenden Teuerungszulagen ungebrems weiter. Auf der Frontseite der «Neuen Bündner Zeitung» vom 13. November 1951 steht dazu in Zusammenhang mit einer Eingabe der Personalverbände zu lesen: «Es ist anerkannt und nachweisbar, dass das bündnerische Staatspersonal wie kaum ein anderes kantonales oder das eidgenössische sich während der gan-



In den letzten hundert Jahren kam es auf den Büro-Tischen der VBS-Vereinsmitglieder zu einer zweifachen Revolution: das «mechanische Zeitalter» wurde vom «elektrischen» überrollt, das elektrische vom digitalen.

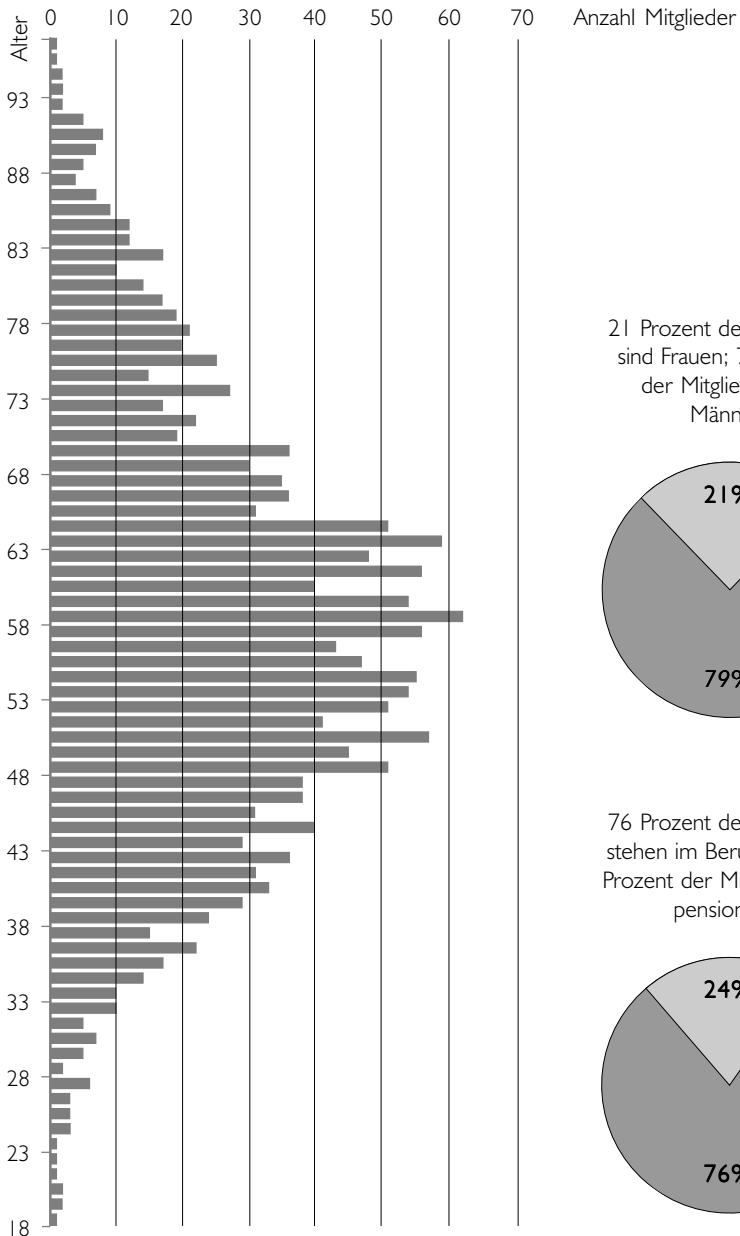
zen Zeit der Teuerung, also seit 1940, mit sehr einschneidenden Reallohn-Einbussen abfinden musste. Sie belaufen sich von 1940 bis Ende August 1951 bei einem ledigen Funktionär mit einem Grundlohn von 6'000 Fr. gesamthaft auf rund 18'850 Fr., bei einem Grundlohn von 8'000 Fr. auf 23'300 Fr. und bei einem solchen von 10'000 Fr. auf 33'520 Fr. Für den verheirateten Angestellten wurden analog folgende Zahlen errechnet: 11'000 Fr., 18'900 Fr. und 26'130 Fr.

Wie immer in solchen Situationen wiesen Regierung und Grosse Rat auf die prekären Finanzen hin und erfüllten die Wünsche des Personals mit einer Teuerungszulage von 10 % nur in ungenügender Masse. Doch der Verein liess nicht locker. Da die Teuerung bis 1954 bereits wieder 6 % betrug, erfolgte in diesem Jahr erneut eine Eingabe an den Grosse Rat. Gemessen am Lebenskostenindex von 1939 hatten die Angestellten 1954 aber immer noch einen Reallohnverlust von 9 Indexpunkten zu beklagen.

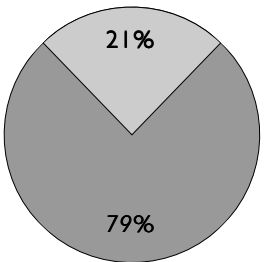
In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre begann sich die Situation markant zu verbessern. Von den Früchten der bald nach dem Krieg einsetzenden Hochkonjunktur fiel nun auch für das Staatspersonal etwas ab. Zwar erfüllten Regierung und Parlament wiederum nicht in vollem Umfang die Forderungen des VBAG, doch gab es substantielle Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen.

Seit den fünfziger Jahren wurden an den Vereinsversammlungen vermehrt Vorträge gehalten, teils von Regierungsmitgliedern oder Chefbeamten zu kantons- oder standesspezifischen Fragen, teils aber auch zu ganz anderen Themen. So berichtete etwa im Mai 1954 Major Siegrist über seine Erlebnisse in Korea, wo er als Mitglied der neutralen Heimtschaffungskommission tätig gewesen war. 1954/55 bot der Verein zudem Fremdsprachkurse in Englisch und Italienisch an. Im Herbst 1953 trat der Verein als Mitorganisator von zwei Vorträgen von Heiner Gautschi auf. Der damals überaus beliebte Korrespondent von Radio Beromünster vermochte über 1'000 Zuhörer anzuziehen.

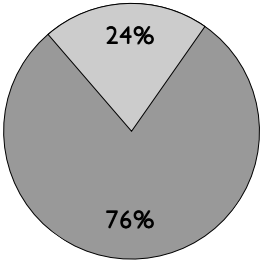
Altersverteilung, Geschlechtsverteilung und Anteil pensionierter Mitglieder



21 Prozent der Mitglieder sind Frauen; 79 Prozent der Mitglieder sind Männer.



76 Prozent der Mitglieder stehen im Berufsleben; 24 Prozent der Mitglieder sind pensioniert.



Erstmals Frauen im Vorstand

Im Januar 1953 erklärten vier Vorstandsmitglieder ihren Rücktritt auf die nächste GV hin. Der Aktuar hielt dazu fest: «Verschiedene Vorstandskollegen übernehmen den Auftrag, nach geeigneten Nominationen für den Vorstand Ausschau zu halten, wobei evtl. eine Vertreterin des weiblichen Personals als Vorstandsmitglied gewonnen werden soll.» Aus dem «eventuell» wurde ein Fakt, und mit der Telefonistin Fräulein Josefine Giger konnte im März 1953 erstmals eine Frau im Vorstand Einsitz nehmen.

Die Vereinswelt geriet dadurch offenbar nicht in Unordnung, sodass der Vorstand im März 1956 einstimmig beschloss, dem «weiblichen Personal eine zweite Vertretung im elfköpfigen Vorstand zu überlassen». Im Mai wurde dieser Antrag an der GV gut geheissen und mit dem im Erziehungsdepartement tätigen Fräulein Eva Seiler eine zweite Frau gewählt.

Den Protokollen nach zu schliessen, scheint Fräulein Giger im Vorstand in erster Linie (da)zugehört zu haben, während Eva Seiler sich recht bald energisch für die Sache der Frauen einzusetzen begann. In Zusammenhang mit der anstehenden Teilrevision der Personalverordnung wirft sie im Spätherbst 1956 «die Frage der Besoldung des weiblichen Personals auf und verfiert grundsätzlich die These der Gleichstellung der weiblichen und männlichen Funktionäre unter der Devise: ‚Gleiche Leistung, gleicher Lohn‘». Da das weibliche Personal in dieser Frage bis anhin noch nicht offiziell an ihn gelangt sei, ist der Vorstand allerdings der Ansicht, dass vorerst ein Vorstoss von dieser Seite abgewartet werden soll. «Frl. Seiler wird beauftragt, die Sache in die Wege zu leiten.»

Das entsprechende Begehren traf bereits drei Monate später ein. Im Vorstandsprotokoll heisst es dazu: «In einem Schreiben vom 4. Februar ersuchen die weiblichen Mitglieder des Beamtenvereins den Vorstand, bei der Regierung einen Vorstoss für eine bessere Besoldung des weiblichen Personals der Zentralverwaltung und der Anstalten zu unternehmen und dort folgendes Gesuch einzureichen: 1. Die Löhne des weiblichen Personals seien an diejenigen entsprechender männlicher Funktionäre anzugleichen und so festzusetzen, dass sie den Leistungen besser entsprechen als bisher. 2. Das weibliche Personal sei bei Eignung auch an Stellen in höheren Gehaltsklassen zuzulassen.

Der Vorstand war zwar grundsätzlich einverstanden, doch mehrheitlich der Ansicht, «vorläufig nicht über die Forderung einer Angleichung der Frauenlöhne an diejenigen der männlichen Funktionäre» hinauszugehen, «wobei der Unterschied nicht mehr als 2 Gehaltsklassen betragen soll». Anderthalb Jahre später korrigierte der Vorstand seine Haltung. In einem Schreiben an das Finanzdepartement schrieb man(n): «Entgegen dem früher vertretenen Standpunkt soll nun das Begehren des weiblichen Personals auf 1 Klasse Unterschied zu den männlichen Funktionären, statt deren zwei, unterstützt werden.»

Das Jahr 1971 brachte den Schweizer Frauen eine markante rechtliche Besserstellung. Diesem Umstand trug auch der Jahresbericht des Präsidenten Rechnung, der wie folgt beginnt: «Am 7. Februar haben die stimmberechtigten Männer den Frauen das Stimm- und Wahl-

recht in eidgenössischen Belangen zuerkannt. Sicher mögen alle Kollegen den Mitarbeiterinnen diesen Erfolg gönnen, auch wenn sie aus achtenswerten Gründen zu den Gegnern gehörten.» Danach wird darauf hingewiesen, dass das Postulat der gleichen Entschädigung für gleiche Leistung in Graubünden noch immer nicht erfüllt sei.

Nebenbei sei angemerkt, dass der hier in seiner Entwicklung geschilderte Verein sich auch nach 1971 noch lange «Verein der Beamten und Angestellten des Kantons Graubünden» nannte. Erst in Zusammenhang mit der Statutenrevision von 1991 wechselte man zum geschlechtsneutralen Namen «Verein des Bündner Staatspersonals».

Ungarnhilfe

Im Herbst 1956 schockte der Verlauf des Ungarnaufstandes die westliche Welt. Mitte November richtete der Vorstand ein Schreiben an seine Mitglieder und schrieb darin: «Erbarungslos wurde das ungarische Volk neuerdings seiner Freiheit beraubt. Zehntausende tapferer Menschen sind für die Ideale der freien Welt verblutet. Empört verurteilen auch wir das jedem menschlichen Empfinden Hohn sprechende Vorgehen der russischen Unterdrücker. ... Unser Vorstand ... hat einstimmig beschlossen, sofort eine Aktion zu Gunsten mindestens einer ungarischen Flüchtlingsfamilie einzuleiten. Gemeinsam kommen wir für ihren Unterhalt in Chur auf.» Die Mitglieder wurden sodann aufgefordert, bis zum Abschluss der Hilfsaktion einen monatlichen Beitrag von 2-10 Fr. zu leisten. Bereits Ende November konnte der Vorstand konstatieren, dass 458 seiner insgesamt 559 Mitglieder sich verpflichtet hatten, insgesamt 24'000 Fr. zu spenden. Mit dem unerwartet hohen Betrag konnte man nicht nur eine Familie unterstützen, sondern deren vier, zudem noch zwei Lehrlinge und einen Kantonsschüler.

Wie stark das Mitgefühl mit den Ungarn war und wie gross der Helferwille zeigt sich exemplarisch in einem Brief, der den Vorstand Anfang Dezember erreichte. «Ich bedaure sehr», schreibt darin der damalige Adjunkt des Kantonstierarztes, «dass ich die Ungarnhilfe nur mit Fr. 5.- monatlich unterstützen kann. Ich hätte gerne mehr geleistet. Da ich gegenwärtig die Studiengelder für meine drei Söhne aufbringen muss, bleibt für mich nichts anderes übrig als zu sparen. ... Damit Sie meinen guten Willen erkennen, bin ich bereit, gelegentlich ausser Bürozeit Ihnen zu helfen, wenn Sie mich irgendwie und irgendwo einsetzen können. In dieser schweren Zeit ist es Menschenpflicht, einander nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen.»

Sechziger und siebziger Jahre

Auch in diesen beiden Jahrzehnten waren Teuerungszulagen und Realloohnerhöhungen stets wichtige Themen innerhalb des Vereins und etliche diesbezügliche Eingaben wurden denn auch von den meist sehr gut dokumentierten Vorständen mit ausführlichen Begründungen

Christ den 20. Dez. 56

Sehr geehrte Beamte u. Angestellte!

Da wir nicht die Möglichkeit haben bei jedem Einzelnen den Dank auszusprechen möchten wir auf diese Weise all denen von ganzem Herzen danken, die beigetragen haben, bei der Errichtung unseres neuen Heims. Wir sind glücklich und froh in der freien Welt ein neues Heim gefunden zu haben.

Der liebe Gott möge sie beschützen vor solch einer Schicksalsschlag wie daß unsere

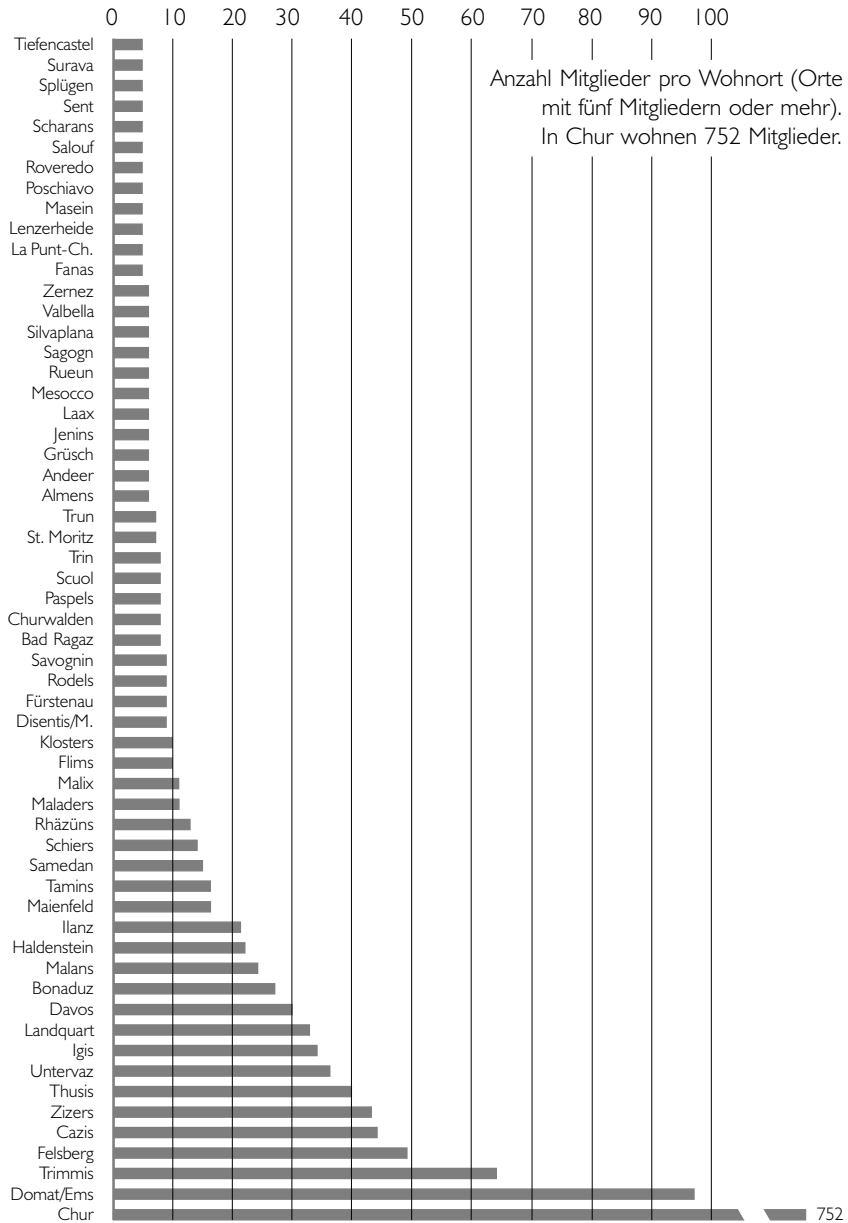
nochmals herzlichen Danke für ihre Güte.

Wir wünschen allen ein recht frohes Weihnachtsfest und ein gesegnetes Neujahr!

Tom. Bierbaum

Dezember 1956: die ungarische Familie Bierbaum dankt den «sehr geehrten Beamten und Angestellten» für den Beitrag bei der Einrichtung ihres neuen Heims in der «freien Welt».

Wohnortsverteilung



an die Behörden gerichtet. Andererseits war die Lohnfrage nicht mehr so dominant und einzig auf Teuerung und Realloohnerhöhungen fokussiert wie in früheren Zeiten, denn dank mehreren Hochkonjunkturphasen ging es mit den Löhnen schrittweise, aber beständig aufwärts. Vermehrt interessierten nun auch der Einreisungsplan, Lohnnebenbereiche, wie Kinderzulagen oder Spesenentschädigungen, im Weiteren die Fünftageweche, die gleitende Arbeitszeit oder auch gesellige Anlässe, wie z.B. die Ausflüge. Die Gehaltsverbesserungen waren vorab eine Folge der gestiegenen Staatseinnahmen und der zunehmenden Konkurrenzsituation des Staates und der Privatwirtschaft auf dem Arbeitsmarkt.

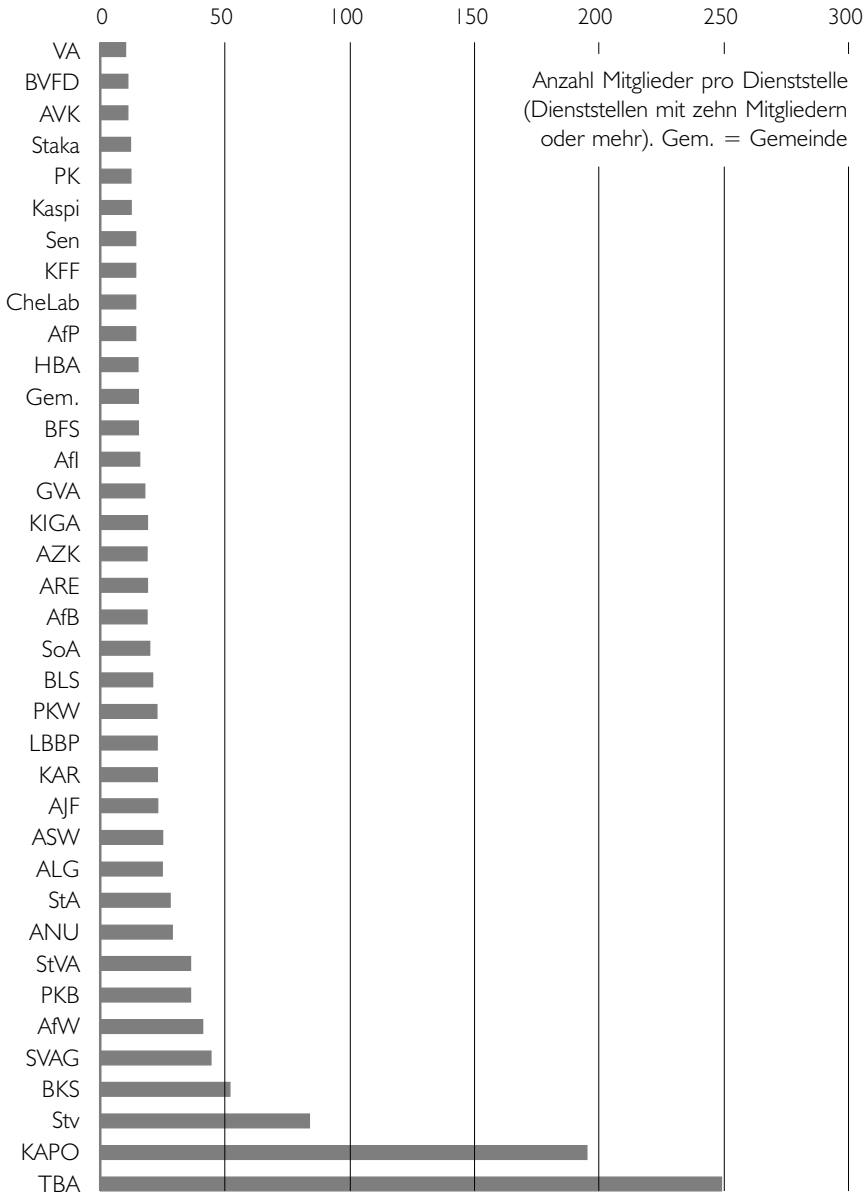
In den frühen sechziger Jahren sah es allerdings noch nicht so gut aus. Eine Realloohnerhöhung vermochte zwar die Portemonnaies der Staatsangestellten etwas mehr zu füllen; doch die Teuerungszulagen blieben zumeist deutlich hinter der effektiven Teuerung zurück. Dies besserte sich 1970 erheblich, als der Grosse Rat nicht nur eine Realloohnerhöhung von 5 %, sondern auch die künftige Anbindung der Teuerungszulagen an den Index der Konsumentenpreise beschloss. Als Folge davon sprach sich der Rat für 1971 für eine Teuerungszulage von 10 % aus. Infolge der damals erheblichen Inflation musste der Lohn in den nächsten Jahren laufend nach oben korrigiert werden.

Eine immer grössere Anzahl von VBAG-Mitgliedern gehörte in dieser Zeit zum Kreise der Pensionierten. 1974 waren es bereits 94 Personen, und diesen, so meinte man, sollte der Verein etwas bieten. So kam es zur Idee und bald darauf zur ersten Durchführung des heute nicht mehr weg zu denkenden Pensionierten-Ausfluges.



Im Jahr 2006 führte der traditionelle Pensioniertenausflug für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kantons nach Einsiedeln. Unter anderem konnten die rund 190 Teilnehmer bei einem Apéro die neuen Sprungschanzenanlagen bewundern.

Verteilung der Mitglieder in den Dienststellen



Achtziger und neunziger Jahre

Teuerungsausgleich und Realloohnerhöhungen waren in den achtziger Jahren weiterhin Dauerthemen im Verein. Daneben kam es am Ende des Jahrzehnts zu einer recht harten Auseinandersetzung in Zusammenhang mit dem Erlass einer neuen Personalverordnung. Entsprechend gross war 1989 der Mitgliederaufmarsch an der GV. Der «Neuen Bündner Zeitung» vom 7. März entnehmen wir dazu: «Neben verschiedenen anerkannten Neuerungen waren es ... vor allem die vorgeschlagenen wichtigen Bestimmungen über die Rechtsstellung (Amtdauer und Disziplinarrecht) der Beamten und Angestellten, die nach den Ausführungen von Präsident Accola nicht nur eine schwerwiegende rechtliche Schlechterstellung, sondern auch bedenkliche Auswirkungen auf die Verwaltungstätigkeit zur Folge hätten.» Noch galt es aber abzuwarten, wie sich die Regierung und das Parlament verhalten würden.

An den nächsten beiden, wiederum sehr gut besuchten Jahresversammlungen konnte der Vorstand den Mitgliedern mitteilen, dass die 1989 verabschiedete und 1990 in Kraft getretene Personalverordnung zwar nicht in allen Teilen seinen Wünschen entspreche, dass es aber in Zusammenarbeit mit den anderen Personalorganisationen gelungen sei, einige Verbesserungen gegenüber dem Entwurf zu erreichen. Verschiedene fortschrittliche Lösungen für das kantonale Personal seien zu konstatieren. Wesentlich sei auch, dass die Neufassung einer Ausführungsbestimmung zu einer realen Erhöhung der Gehälter um 4, 5 % führe. Dazu kam 1991 noch ein Teuerungsausgleich von 5,5 %. Nominal machten die Löhne damals einen grossen Sprung nach oben, real war es aber doch einiges weniger, da die Teuerung mehrheitlich nicht voll ausgeglichen wurde. Diskutiert wurde in den neunziger Jahren im Weiteren vorab über geplante Sparmassnahmen des Kantons, die Pensionskasse, das New Public Management, erneut auch über die Personalgesetzgebung und gegen Ende des Jahrzehnts über den VBS an sich.

Aufbruch ins neue Jahrtausend mit «VBS 2000» und «Sparpaket 2003»

1998 nahm der Vorstand die Wende zum neuen Jahrtausend insofern bereits vorweg, als er unter dem Titel «VBS 2000» Situation, Ziele und Zukunft des Vereins überdenken und mit den Mitgliedern diskutieren wollte. Ein erstes Projekt wurde bereits im Jahre 2000 mit der Annahme der neuen Statuten umgesetzt. Weitere Projekte waren: die Reorganisation der Vorstandstätigkeit, die Erweiterung des Dienstleistungsangebots, die Organisation und Durchführung von informativen und geselligen Anlässen sowie eine verstärkte Mitgliederwerbung und Medienpräsenz. Auch ein Internet-Auftritt wurde vorbereitet.

Seit dem Spätsommer des Jahres 2002 dominierte dann allerdings nicht mehr das Reformprojekt «VBS 2000», sondern das «Sparpaket 2003» die Vereinstätigkeit. Da der kantonale Voranschlag für das Jahr 2003 von einem Defizit von 60 Mio Franken ausging, die Regierung zudem von 2004 bis 2007 mit einem jährlichen Entlastungsbedarf von 100 Mio Franken rechnete und der Kanton auch beim Eigenkapital einem erheblichen Aufstockungsbedarf

Die Präsidenten des VBS

1907-1917	Theodor Meyer, Kreisförster
1917-1919	Jules Robbi, Dr.phil., Staatsarchivar
1919-1921	J. Vieli, Direktor der Gebäudeversicherung
1921-1924	Martin Meuli, Prof. Dr., Kantonsschule
1925-1927	Alois Pajarola, Prokurist, Kantonbank
1927-1934	Janett Michel, Prof. Dr., Kantonsschule
1934-1937	Giusep Rauch, Bezirksingenieur
1937-1940	Armin Tschupp, Prof. Dr., Kantonsschule
1940-1947	Hans Luzi, Prof. Dr., Kantonsschule
1947-1948	Otto Wieland, Dr.iur., Untersuchungsrichter
1948-1953	Anton Huser, Kulturingenieur, Meliorationsamt
1953-1962	Anton Meuli, Kanzleisekretär, Steuerverwaltung
1962-1965	Valentin Albertin, Kanzleisekretär Bau- u. Forstdepartement
1965-1974	Hans Griesel, dipl. Ing., Sektionschef Vermessungsamt
1974-1976	Friedrich Hunziker, Leiter Stipendienstelle
1976-1979	Ernst Buchli, Prof., Kantonsschule
1979-1985	Georg Zimmermann, Leiter IV-Sekretariat
1986-1991	Martin Accola, Prof., Seminar
1991-2000	Albert Vanoni, Adjunkt Landw. Beratungsdienst
2000	Gion Cotti, lic.iur., juristischer Mitarbeiter Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement

1919 trat Robbi von seinem Amt als Staatsarchivar zurück und wurde im heimatlichen St. Moritz Zivilstandsbeamter.

1924 bis 1925 ohne Präsident.

1948 demissioniert Wieland wegen Wahl als Jurist bei der RhB.



Der Grosse Rat, die Herren der kantonalen Verwaltung

sah, schlug der Regierungsrat dem Parlament nebst Sofortmassnahmen ein Sanierungsprogramm für die Finanzperiode 2004-2007 sowie eine Steuererhöhung von 10 % vor.

Der VBS sprach sich klar für dieses Konzept aus; der Grosse Rat lehnte es aber in der November-Session ab und verlangte - ganz dem damaligen neoliberalen Trend in der Wirtschaft folgend - von der Regierung die Erarbeitung von Abbau- und Verzichtsmassnahmen. Zusätzlich beauftragte der Rat die Regierung, im Personalbereich bereits 2003 Einsparungen von 8 Mio Franken umzusetzen.

Im VBS-Vorstand läuteten die Alarmglocken und entsprechend heftig war auch seine Reaktion. Im Vorwort zum Jahresbericht 2002, der die Mitglieder im Februar 2003 erreichte, schlug der Präsident ungewohnt scharfe Töne an, Töne, die bislang eher von Seiten der Gewerkschaften als von Seiten des VBAG resp. VBG zu vernehmen gewesen waren. Nach einer deutlichen Kritik an der globalen Kürzung des Personalaufwandes durch den Grossen Rat schreibt Präsident Cotti: «Ich habe mich wiederholt zur Sozialpartnerschaft bekannt und bin auch weiterhin bereit und gewillt, mit der Arbeitgeberseite im konstruktiven Dialog tragfähige Lösungen in Personalfragen zu erarbeiten. Nicht annehmbar sind jedoch für mich die vom Grossen Rat in den letzten Jahren wiederholt und vorwiegend im Personalkostenblock beschlossenen Sparmassnahmen. Wir müssen uns deshalb vorbehalten, unseren berechtigten Anliegen bei Bedarf auch mit Kampfmassnahmen Nachdruck zu verleihen.»

Was das konkret heissen konnte, war der als Reaktion auf die unerfreuliche Entwicklung vorgeschlagenen Teilrevision der Statuten zu entnehmen; da ging es nämlich u.a. um nicht weniger als die Einfügung eines Streikartikels. Dass die Teilrevision mit dem für das Bündner Staatspersonal doch ganz und gar erstaunlichen Inhalt von den zahlreich erschienenen Ver-

einsmitgliedern an ihrer Jahresversammlung im März mit nur einer Gegenstimme angenommen wurde, hat wohl auch damit zu tun, dass nur wenige Tage zuvor die regierungsrätliche Botschaft «Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantons Haushaltes» publik geworden war. In dieser sah die Regierung 212 Einzelmassnahmen vor, um bis 2007 jährliche Einsparungen von 91 Mio Franken vornehmen zu können. Im Personalbereich hiess dies: Weiterführung der Kürzung des Leistungsbonus und des Personalstopps, reduzierter Teuerungsausgleich sowie Streichung von rund 100 Stellen in der kantonalen Verwaltung bis 2007.

In Bündner Wirtschaftskreisen kursierte bereits im Vorfeld zur Junisession die Forderung nach einem Abbau von 200 Staatsstellen. Im Grossen Rat wurde dann ein Vorstoss zum Abbau von 170 Stellen eingereicht und in leicht abgeschwächter Form gut geheissen. Wenn im Jahresbericht 2003 trotz dieses Umstandes nicht kämpferische Töne dominieren, sondern im Gegenteil vom «Weg des konstruktiven Dialogs» die Rede ist, der nun begangen werde, so war das das Resultat eines erfreulichen Zusammenfindens von Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Entsprechend den Forderungen des VBS und der anderen Personalverbände verpflichtete sich die Regierung, den Stellenabbau sozialverträglich umzusetzen. Das hiess vor allem, dass der Stellenabbau an den gleichzeitigen Abbau einer Staatsaufgabe oder eines Leistungsstandards geknüpft wurde, zudem möglichst durch natürliche Abgänge und Frühpensionierungen und nicht durch Entlassungen erfolgen sollte. Im Weiteren gelang es der Arbeitnehmerseite in Bünden auch, Lohnkürzungen beim Staatspersonal abzuwenden.

Einmal mehr war es dem VBAG/VBS in seiner nunmehr hundertjährigen Geschichte zwar nicht gelungen, alle seine Wünsche und Forderungen durchzusetzen, doch den Schaden zum Nutzen seiner Mitglieder – und aller ebenfalls seit 100 Jahren existenten, «Trittbrettfahrenden» weiteren Staatsbediensteten – deutlich zu begrenzen. Dass dies immer wieder möglich war, ist nebst der Beharrlichkeit des Vereins auch der zumeist vorhandenen Gesprächsbereitschaft der Regierung zu verdanken. Mehr Bedenken als gegenüber der Regierung hatte der Verein damals wie heute gegenüber der Politik des Grossen Rates.

Quellen. 1. Archiv des VBS: 1.1. Protokollbücher I-III des Vorstandes, die Jahre 1907-1937 umfassend. 1.2. Protokollsammlungen des Vorstandes, die Jahre 1938-1976 umfassend. 1.3. Korrespondenzsammlungen, die Jahre 1945-1971 umfassend. 1.4. Sammlung von Unterlagen zur Ungarnhilfe, 1956-1958. 1.5. Jahresberichte 1978-2005. 2. Staatsarchiv Graubünden: 2.1. Akten zu Theodor Meyer (IX 1 d 2 b). 2.2. Staatskalender 1803 und 1835. 2.3. Staatskalender, Landesberichte und Abschiede des Grossen Rates seit 1907.

Literatur. Peter Bollier, *Davos und Graubünden während der Weltwirtschaftskrise 1929-1939*, Chur 1995. Fidel Caviezel, *200 Jahre Bündner Kanzleidirektoren*, in: Bündner Jahrbuch 2003.



Curion Informatik AG
Bahnhofstrasse 3
CH-7000 Chur
Switzerland

Wir gratulieren dem Verein
des Bündner Staatspersonals



zum **100** jährigen Bestehen.

Auch wir können im 2007 feiern!



Seit **10** Jahren sind wir
der richtige Partner für Ihre Software-Lösungen.

Telefon +41 (0)81 257 05 50
Fax +41 (0)81 257 05 59

E-Mail info@curion.ch
Internet www.curion.ch

Die Bedeutung der Sozialpartnerschaft im öffentlichen Dienst

Urs Stauffer, Präsident Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz (ZV)

38



Im Rahmen der von der Ebenrain-Konferenz in Auftrag gegebenen Studie stellt die Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich fest, dass die öffentlichen Dienstleistungen in der Schweiz von einer grossen volkswirtschaftlichen Bedeutung sind.

Sie stellt fest, dass die öffentlichen Dienstleistungen den volkswirtschaftlichen Wohlstand

und die wirtschaftliche Produktivität der Schweizer Marktwirtschaft erheblich erhöhen. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung der öffentlichen Dienstleistungen in der Schweiz liegt bei bedeutenden 22%. Jeder 5. Beschäftigte arbeitet für den öffentlichen Dienst.

Auch wurde dem von Wirtschaftsseite regelmässig ins Feld geführten Argument nachgegangen, dass öffentliche Dienstleistungen grundsätzlich auch durch Private erfolgen können. Dazu wurde festgestellt, dass zur Wahrung des öffentlichen Interesses in vielen Fällen regulatorische Aufsichten geschaffen werden müssen und die damit verbundenen Kosten allfällige Vorteile einer Privatisierung in vielen Fällen mehr als aufheben.

Ein besonders hervorstechendes Merkmal ist die hohe Qualität der öffentlichen Dienstleistungen in der Schweiz sowie der seit langer Zeit herrschende soziale Frieden. Sozialer Friede ist das Resultat einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft zwischen gleichberechtigten starken Sozialpartnern.

Wichtig dabei sind regelmässige Sozialpartnergespräche zwischen den Arbeitgebern (Regierung) und den Personalverbänden über die aktuellen personalpolitischen Geschäfte. Wie in verbandsinternen Umfragen festgestellt werden konnte, ist dies heute leider vielerorts noch immer keine Selbstverständlichkeit. Auch stellen wir häufig fest, dass die Verhandlungsdelegationen auf Arbeitgeberseite (z.B. Finanzdirektoren) nicht über genügend Verhandlungsspielraum verfügen und dann später im Parlament die Verhandlungsergebnisse vom Tisch gewischt werden. Sozialpartnerschaft beruht auf gegenseitigem Vertrauen und die Verhandlungsergebnisse müssen für das Personal und den Kanton oder die Gemeinde verlässlich sein.

Ebenfalls bereitet uns die Entwicklung Sorge, dass die Ergebnisse der Sozialpartnergespräche vielfach ein Produkt der realen politischen Machtverhältnisse geworden sind, die sich in der Sitzverteilung z.B. im grossen Rat und im Regierungsrat zeigen und die Konsense meistens auf die grosse Toleranzbereitschaft der Arbeitnehmer zurückzuführen sind.

Die Sozialpartnerschaft braucht starke Partner. Eine produktive Zusammenarbeit der Personalverbände mit allen politischen Instanzen kommt nur zustande, wenn alle gleich lange Spiesse haben.

Der Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz unterstützt eine Sozialpartnerschaft, wo Gleichberechtigung sowie gegenseitiger Respekt gelebt und geachtet werden.

Der Verein des Bündner Staatspersonals feiert am 4. Mai 2007 sein 100-jähriges Bestehen. 100 Jahre sich Einsetzen für die Interessen des Staatspersonals dies gebührt Anerkennung und Respekt. Der Verein des Bündner Staatspersonals leistet vorbildliche Arbeit.

Der Zentralverband Staats- und Gemeindepersonal Schweiz gratuliert dem Verein des Bündner Staatspersonals zum 100-jährigen Bestehen und wünscht ihm weiterhin eine erfolgreiche Zukunft sowie dem Vorstand und der Geschäftsleitung viel Kraft für diese wichtige Aufgabe. Für die jahrelange Treue und das aktive Mitwirken in unserer Dachorganisation möchte ich bei dieser Gelegenheit dem VBS herzlich danken.

●●●casanova
Casanova Digital – seit zehn Jahren
Ihr zuverlässiger Partner im Bereich Hosting
und Website-Entwicklung.

Jahresbericht 2006

Schwerpunkt der Vereinstätigkeit

40

Die neue Bündner Personalgesetzgebung - ein zukunftsweisendes Gesetzeswerk?

Den Schwerpunkt der Vereinstätigkeit bildete im Berichtsjahr die Revision der kantonalen Personalgesetzgebung. In der Juni-Session hat der Grosse Rat das neue Personalgesetz beschlossen. Im Anschluss daran hat die Regierung Ende Jahr die revidierte Personalverordnung sowie die neue Arbeitszeitverordnung erlassen. Das Gesetz und die beiden Verordnungen sind Anfang 2007 in Kraft getreten.

Nachfolgend wird themenbezogen auf die wichtigsten Neuerungen eingegangen und eine Beurteilung der revidierten Personalgesetzgebung aus Sicht des VBS vorgenommen. Für weitergehende Informationen wird aber auch auf die Homepage des VBS (www.vbsgr.ch) verwiesen.

Flexibles Lohnsystem mit Zukunftsperspektiven

Eine der wichtigsten Änderungen im revidierten Personalgesetz betrifft das Entlohningssystem. Dieses sieht keine Lohnstufen mehr vor. Neu wird der Lohn jährlich für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter nach klar definierten Kriterien individuell ermittelt. Demzufolge wird der Grundlohn gemäss geltendem Einreihungsplan innerhalb der Gehaltsklassen I bis 28 festgelegt. Für die individuellen Lohnentwicklungen wird die Gesamtlohnsumme sodann jährlich um mindestens ein Prozent erhöht. Ebenso wird die Teuerung grundsätzlich ausgeglichen. Zudem wurde in der Personalverordnung ein monatlicher Mindestlohn von 3'000 Franken verankert.

Der Lohn der Mitarbeitenden wird in der Regel jeweils auf den 1. Januar angepasst. Dabei wird der Grundlohn des Vorjahres zuerst um den Teuerungsausgleich erhöht. In einem zweiten Schritt kann der Grundlohn innerhalb der Gehaltsklassenbreite im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 10 Prozent angehoben werden. Berücksichtigt werden dabei die Leistung, das eigene Lohnniveau im internen und externen Quervergleich, die eigene bisherige Lohnentwicklung sowie die finanziellen Vorgaben des Grossen Rates.

Das neue Lohnsystem ist etwas leistungsorientierter, gleichzeitig aber auch flexibler und bietet Zukunftsperspektiven. Leistungsorientierter ist das neue Lohnsystem, weil bei der individuellen Lohnfestlegung das Leistungsverhalten ein wichtiges Kriterium bildet. Flexibler ist das neue Lohnsystem, weil bei der Lohnfestlegung die eigene bisherige Lohnentwicklung mitberücksichtigt wird. Dadurch können Lohnungerechtigkeiten beseitigt werden. Dies gilt insbesondere für Mitarbeitende, welche im Zuge der Sparmassnahmen eine oder mehrere Anlaufklassen durchlaufen mussten. Zukunftsperspektiven bietet das neue Lohnsystem, weil für die individuellen jährlichen Lohnanpassungen die Gesamtlohnsumme zwingend um mindestens ein Prozent erhöht werden muss. Mit der Festlegung eines monatlichen Mindestlohnes von 3'000 Franken ist zudem eine langjährige und berechtigte Forderung des VBS berücksichtigt worden.

Das neue Lohnsystem steht und fällt mit dem Vollzug. Wichtig ist insbesondere eine richtige und einheitliche Umsetzung. Diese Fragen wird die Regierung im Verlaufe dieses Jahres klären und das neue Entlöhnungssystem erst Anfang 2008 einführen. Dieses umsichtige Vorgehen wird denn auch vom VBS klar befürwortet.

Rechtsetzungsbefugnisse für die öffentlichrechtlichen Anstalten

Die öffentlichrechtlichen Anstalten des Kantons dürfen laut neuem Personalrecht die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen für ihre Mitarbeitenden weitgehend selbständig erlassen. Aus Sicht des VBS wäre eine Einschränkung der Rechtsetzungsbefugnisse auf anstalts- und betriebspezifische Regelungen unter dem Gesichtspunkt der Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit eindeutig die bessere Lösung gewesen. Eine solche Abgrenzung der Rechtsetzungsbefugnisse hätte die unterschiedlichen Bedürfnisse der Anstalten ebenfalls angemessen berücksichtigt. Auch dem VBS ist nämlich bewusst, dass die Betriebsabläufe bei den Psychiatrischen Diensten Graubünden anders sind als etwa bei der Gebäudeversicherung oder der Sozialversicherungsanstalt.

Der Gesetzgeber hat sich für die Einräumung umfassender Rechtsetzungsbefugnisse an die öffentlichrechtlichen Anstalten entschieden. Wenn die kantonalen Anstalten diese Kompetenzen verantwortungsbewusst nutzen, wird sich diese Lösung bewähren. Gefordert sind daher die verantwortlichen Organe der öffentlichrechtlichen Anstalten. Diese haben es denn auch in der Hand, diesbezüglich die Einwände des VBS zu entkräften.

Mehr Lohn für die Bündner Staatsangestellten

Die Bündner Staatsangestellten erhalten dieses Jahr insgesamt rund zwei Prozent mehr Lohn. Anzuführen sind in diesem Zusammenhang - neben dem Lohnstufenanstieg - insbesondere folgende Anpassungen:

- Gewährung des vollen Teuerungsausgleiches von 0,5 Prozent;
- Erhöhung der Besonderen Sozialzulage für Mitarbeitende mit finanziellen Unterstützungspflichten von 200 Franken pro Monat auf 220 Franken pro Monat;
- Erhöhung der Kinderzulage von 185 Franken pro Monat auf 195 Franken pro Monat;
- Erhöhung der Ausbildungszulage von 210 Franken pro Monat auf 220 Franken pro Monat;
- Erhöhung diverser berufsbedingter Auslagen (Kilometerentschädigung, Umzugskosten, Spesen usw.).

Die Bündner Staatsangestellten erhielten sowohl für das Jahr 2006 als auch für das Jahr 2007 den vollen Teuerungsausgleich. Trotz diesem erfreulichen Ergebnis darf nicht vergessen werden, dass dem Bündner Staatspersonal seit der letzten Realloohnerhöhung im Jahre 1991 eine Teuerung von insgesamt mehr als drei Prozent nicht ausgeglichen worden ist. Stossend ist zudem, dass die Regierung den vorenthaltenen Teuerungsausgleich nicht - wie dies dem Sinn und Zweck der entsprechenden Bestimmung entspricht - im Hinblick auf einen späteren Ausgleich übertragen, sondern die nicht ausgeglichene Teuerung jeweils «abgeschrieben» hat. Der VBS hat denn auch gegenüber der Regierung deutlich gemacht, dass er diese Praxis künftig nicht mehr hinnehmen wird, sondern bei einem erneuten «Abschreiber» mittels Beschwerde eine Klärung dieser Rechtsfragen auf dem Gerichtsweg erwirken wird.

Gleichstellung von SUVA- und Privat-Versicherten bei den NBU-Prämien

Die NBU-Prämie wird bekanntlich in vollem Umfang von den Mitarbeitenden bezahlt. SUVA-Versicherte bezahlen rund ein Prozent mehr als die privaten UVG-Versicherten. Ab Anfang 2008 wird der Kanton als Arbeitgeber diese Prämien Differenz übernehmen. Damit hat die Regierung einem wichtigen und vom VBS über mehrere Jahre hinweg wiederholt vorgebrachten Anliegen entsprochen. Die vom Kanton zu übernehmende Prämien Differenz beträgt rund 600'000 Franken. Die Übernahme dieser Differenz bereits ab 1. Januar 2007 war aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich, weil dieser namhafte Betrag aus naheliegenden Gründen ordentlich budgetiert werden muss.

Weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit

Bereits nach geltendem Recht wurden den Mitarbeitenden 10 verschiedene Arbeitszeitmenüs angeboten. Diese werden um ein weiteres Arbeitszeitmenü ergänzt, nämlich 40-Stundenwoche plus 10 zusätzliche freie Tage mit einer Entlohnung von 89,05 Prozent. Ausgedehnt wurde aber auch die Betriebszeit. Neu gilt die Zeit von 06.00 Uhr bis 20.00 Uhr als Betriebszeit. Keine Änderung hat die Blockzeit erfahren. Diese dauert von 08.30 Uhr bis 11.00 Uhr bzw. 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr. Einzig am Freitagnachmittag endet die Blockzeit bereits um 16.00 Uhr.

Höret die Signale!

Der VBS hat sich an vorderster Front für zeitgemässe Arbeitsbedingungen für das Bündner Staatspersonal eingesetzt. Der VBS konnte denn auch zahlreiche Erfolge verbuchen, und insgesamt ist die Revision der kantonalen Personalgesetzgebung zufriedenstellend ausgefallen. Die Frage, ob die Bündner Personalgesetzgebung tatsächlich ein zukunftsweisendes Ge-

setzeswerk ist, kann aber erst aufgrund der praktischen Erfahrungen mit dem neuen Regelwerk abschliessend beantwortet werden.

Mit rund 1'900 Mitgliedern ist der VBS der grösste Verband des öffentlichen Dienstes im Kanton Graubünden. Diese hohe Mitgliederzahl war mitbestimmend für unsere Erfolge. Die Zeit steht aber nicht still und auch die Personalgesetzgebung wird in absehbarer Zeit weiterentwickelt. Diese Entwicklung will der VBS mitgestalten. Dafür braucht es aber die Unterstützung aller Mitarbeitenden. Alle Nichtmitglieder sind daher aufgerufen, unserem Verband beizutreten und uns bei der Wahrnehmung der Interessen des Personals des öffentlichen Dienstes zu stärken. In unserer schnelllebigen Zeit sind Erfolge nämlich nicht von Dauer. Ohne die Unterstützung der Mitarbeitenden gilt nämlich auch für den VBS das Sprichwort «Wie gewonnen, so zerronnen».

Prioritäre Sachgeschäfte

Neben der Revision der kantonalen Personalgesetzgebung hat der Vorstand weitere prioritäre Sachgeschäfte behandelt. Dazu gehören die Besserstellung von Konkubinatspaaren im Vorsorgebereich, der Pflegebereich, die Neugestaltung des Spitalplatzes Chur sowie zwei richtungsweisende Volksabstimmungen.

I. Besserstellung der Konkubinatspaare im Vorsorgebereich

Anlässlich der Oktober-Session des Grossen Rates haben Grossrätin Tina Gartmann und Mitunterzeichnende einen Auftrag betreffend Besserstellung von Konkubinatspaaren im Rahmen der kantonalen Pensionskassengesetzgebung eingereicht. Dieser parlamentarische Vorstoss ist bei den direkt betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kantons auf breite Zustimmung gestossen. Anfang Dezember hat der VBS die Regierung daher ersucht, diesen Auftrag entgegenzunehmen.

Im Rahmen der Steuerharmonisierung erfolgen sowohl auf Bundesebene als auch auf kantonalen Ebene Anpassungen, welche die steuerliche Belastung doppelverdienender Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren weitgehend aufheben. Zudem sind eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften hinsichtlich der Pensionskassenregelung ab Anfang 2007 den Ehepaaren gleichgestellt. Aufgrund dieser Entwicklung im Steuerrecht ist die heutige Reduktion der Lebenspartnerrente eindeutig zu hoch. Der VBS erachtet eine kompensatorische Reduktion von höchstens 15 Prozent gerade noch als vertretbar. Demzufolge soll die Lebenspartnerrente unter Berücksichtigung der Plafonierung der Altersrenten der AHV für Ehepartner auf neu mindestens 85 Prozent der Ehegattenrente festgelegt werden. Ebenso

soll der vom Bundesgesetzgeber eingeräumte Rahmen bei den Anspruchsvoraussetzungen vollumfänglich zu Gunsten der Konkubinatspaare ausgeschöpft werden.

Ende Berichtsjahr sprach sich die Regierung gegen eine Besserstellung der Konkubinatspaare aus, wobei vor allem finanzielle Überlegungen im Vordergrund standen. Die Behandlung dieses Sachgeschäftes im Grossen Rat wird voraussichtlich in der Februar-Session 2007 erfolgen.

2. Pflegebereich - schleppende Umsetzung der Musterreglemente

Der Vorstand des Verbandes Heime und Spitäler Graubünden verabschiedete im Jahre 2005 die neuen Personal-Musterreglemente für die Mitarbeitenden im Pflegebereich. Gleichzeitig empfahl der Verband seinen angeschlossenen Spitälern, Heimen und anderen im Gesundheitsbereich tätigen Institutionen, diese Musterreglemente ab 1. Januar 2006 anzuwenden.

Die neuen Reglemente sind für die Arbeitnehmenden insgesamt besser als die bis anhin geltenden Regelungen. Wesentlich und entscheidend ist allerdings, dass diese neuen Reglemente auch in allen Betrieben umgesetzt werden. Eine im Berichtsjahr durchgeführte Umfrage der Personalverbände ergab, dass dies noch keineswegs der Fall ist. In diesem Bereich besteht daher aus Sicht der fünf Personalverbände und Gewerkschaften SBK, SBGRL, SYNA, VBS und VPOD ein vordringlicher Handlungsbedarf. Gefordert ist aber auch der Verband Heime und Spitäler Graubünden. Wenn sich dessen Mitglieder nicht an die eigenen Empfehlungen halten, verspielt der Verband nämlich seine Glaubwürdigkeit als zuverlässiger Sozialpartner.

3. Neugestaltung des Spitalplatzes Chur - eine Herausforderung für alle Beteiligten

Ein weiteres Schwerpunktthema im Pflegebereich bildete im Berichtsjahr die Fusion der Spitäler auf dem Platz Chur. Die neue Stiftung Kantonsspital Graubünden ist Anfang Februar aus der Fusion der Stiftung Rätisches Kantonsspital Chur, der Stiftung Kreuzspital Chur sowie durch Vermögensübertragung des Kantonalen Frauenspitals Fontana vom Kanton an die neue Stiftung entstanden. Die fünf Personalverbände und Gewerkschaften SBK, SBGRL, SYNA, VBS und VPOD sind von der Spitaldirektion periodisch über die einzelnen Fusionschritte orientiert worden. Neben dem erfolgreichen Einsatz für zeitgemässe Anstellungsbedingungen für die Mitarbeitenden des Kantonsspitals Chur konnten auch Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen verhindert werden. Ein besonderes Augenmerk richteten die Personalverbände und Gewerkschaften aber auch auf die Neuordnung im Vorsorgebereich.

Die Neugestaltung des Spitalplatzes Chur ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Die Personalverbände und Gewerkschaften werden daher auch künftig diesen Prozess aktiv, konstruktiv, aber auch kritisch begleiten.

4. Ja zu fairen Kinderzulagen - Nein zur KOSA-Initiative

Kinder- und Ausbildungszulagen sind eine bewährte Unterstützung für die Familien. Daher hat sich der VBS für eine Annahme des eidgenössischen Familienzulagengesetzes ausgesprochen. Dieses Gesetz sieht gesamtschweizerisch einheitliche Kinder- und Ausbildungszulagen von mindestens 200 Franken bzw. 250 Franken vor. Heute sind vor allem junge Familien von Armut betroffen. In der Schweiz leben rund 250'000 Kinder unter der Armutsgrenze. Gerade für Familien mit mittleren und tieferen Einkommen sind faire Kinderzulagen eine wertvolle Hilfe. Gleicher Meinung war auch das Schweizer Stimmvolk, welches diese Vorlage mit einem JA-Stimmenanteil von rund 70 Prozent angenommen hat.

Die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (KOSA-Initiative) hat der VBS zur Ablehnung empfohlen. Eine Annahme dieser Initiative hätte für den Kanton Graubünden zu jährlichen Ertragsausfällen in der Grössenordnung von 20 Mio. Franken geführt. Ausschlaggebend für den VBS war aber auch der Umstand, dass die AHV bei einer Ablehnung der Initiative nicht leer ausging. Der Gegenvorschlag des Parlamentes legte nämlich fest, dass der Bundesanteil von sieben Milliarden Franken aus dem erzielten Erlös der überschüssigen Goldreserven in den AHV-Fonds fliessen sollte. Der VBS ist denn auch klar der Auffassung, dass der AHV Sorge getragen werden muss. Sie ist nämlich der wichtigste Pfeiler der sozialen Altersvorsorge. Doch die künftige Finanzierung der AHV wird nicht gelöst, indem den Kantonen Einnahmen gestrichen werden. Zudem kann mit unsicheren und schwankenden Nationalbankgewinnen kein Sozialwerk nachhaltig gesichert werden. Aus all diesen Gründen hat der VBS den Gegenvorschlag des Parlamentes unterstützt. Von diesen Argumenten liess sich auch das Schweizer Stimmvolk überzeugen, welches die KOSA-Initiative mit einem Stimmenanteil von rund 60 Prozent ablehnte.

Ressorts

46

Neben der Revision der Personalgesetzgebung und den prioritären Sachgeschäften waren im Berichtsjahr auch zahlreiche ressortspezifische Sachgeschäfte zu behandeln. Das **Ressort Recht und Versicherungen** hat in rund 10 Fällen Vereinsmitglieder beraten. Diese Beratungen betrafen hauptsächlich personal- und pensionskassenrechtliche Fragen. Anfragen hatte das Ressort aber auch im Zusammenhang mit der neuen Personalgesetzgebung. Ebenso wurde in einem Fall die Kollektiv-Rechtsschutzversicherung des VBS in Anspruch genommen. Dieses Verfahren war Ende Berichtsjahr noch beim Bundesgericht hängig.

Das **Ressort Veranstaltungen** organisierte neben der Generalversammlung auch den letztjährigen Pensioniertenausflug. Dieser Ausflug führte ins Kloster- und Wallfahrtsdorf Einsiedeln. An diesem gesellschaftlichen Anlass nahmen rund 190 Personen teil. Diese wiederum rege Beteiligung am Pensioniertenausflug hat massgeblich zum guten Gelingen dieses Anlasses beigetragen. Ende Juli genossen rund 30 Vereinsmitglieder im Garten des Schlosses Haldenstein einen Familienabend mit Schlossbesichtigung, Spiel und Grillplausch. Organisiert wurde dieses Mitgliedertreffen von Francesca Tambornino.

Die Vereinsmitglieder profitieren bekanntlich von zahlreichen Vergünstigungen. Im Berichtsjahr konnte das **Ressort Dienstleistungen** mit dem Alpamare in der Sparte «Erholung/Wellness», mit dem Institut für berufliche Weiterbildung Graubünden in der Sparte «Weiterbildung» und mit der Firma Reproplan in der Sparte «Reproduktionen» und dem Optikergeschäft Freiburghaus (in Domat/Ems) in der Sparte «Optiker» neue Rabattgeber gewinnen. Aufgrund geschäftlicher Veränderungen haben drei Rabattgeber auf eine weitere Zusammenarbeit mit dem VBS verzichtet (Bacchus Drinkstore, Autospenglerei Hosang, Beauty by Lydia). Insgesamt konnte jedoch das Angebot im Berichtsjahr durch die Ausweitung in neue Sparten erweitert werden. Aus Kostengründen wird die Rabattliste jährlich nur einmal gedruckt, und Anpassungen der Liste werden laufend auf der Homepage des VBS (www.vbsgr.ch) publiziert.

Das **Ressort Werbung/Homepage** hat wiederum Werbeaktionen mit kostengünstigen Mail-Versänden durchgeführt. Diese Werbeaktionen wurden mit aktuellen Botschaften zu laufenden Sachgeschäften, aber auch mit neuen Angeboten im Dienstleistungsbereich verknüpft. Im Sinne einer Visitenkarte des Vereins ist zudem ein besonderes Augenmerk der Pflege der Homepage gewidmet worden. Vor allem auf der Seite «Aktuell» werden der Standpunkt des VBS zu aktuellen Sachgeschäften sowie neue Dienstleistungsangebote jeweils innert kürzester Zeit aufgeschaltet.

Das **Ressort Kommunikation** verfolgte auch im Berichtsjahr das Ziel, die Standpunkte des VBS in der Öffentlichkeit überzeugend darzulegen. Ebenso wurden die Vereinsmitglieder im Rahmen der ZV-Informationen, mittels Rundschreiben und via Internet laufend über das Vereinsgeschehen informiert. Im Bereich der internen Kommunikation bildete dabei die Revision der kantonalen Personalgesetzgebung das Schwerpunktthema des Berichtsjahres.

Finanzen

I. Jahresrechnung Schlussbilanz per 31.12.2006

47

Konto		SOLL	HABEN
	AKTIVEN		
1001	Postkonto	49'959.11	
1011	PC Deposito-Konto	10'204.30	
1012	Sparkonto GKB	64'923.73	
1020	Wertschriften	5'002.20	
1030	Guthaben Verrechnungssteuer	191.70	
	Total	130'281.04	
	PASSIVEN		
2090	Verpflichtungskonto		19'723.00
2099	Transitorische Passiven		15'000.00
2100	Kapital		82'389.74
	Total		117'112.74
	Reingewinn per 31.12.2006		13'168.30
	Total	130'281.04	130'281.04

Erfolgsrechnung pro 2006

Konto		SOLL	HABEN
	AUFWAND		
4000	Verbandsbeiträge	23'028.00	
4010	Vorstand	7'815.00	
4020	Versammlungen / Sitzungen	8'908.45	
4021	Reisespesen	736.20	
4030	Drucksachen / Büromaterial	7'019.45	
4040	Portokosten	2'273.85	
4050	Bank- / Postspesen	757.40	
4070	Werbung	290.70	
4080	VBS Mitgliedertreffen	1'246.20	
4090	Pensioniertenausflug		
4100	Steuern	235.00	
4200	Sekretariat	10'529.50	
4201	Internetauftritt	35.00	
4300	Rechtsschutzversicherung	11'647.15	
4900	Sonstiger Aufwand	1'000.00	
4910	Wertschriftenverlust		
	Total	75'521.90	
	ERTRAG		
6000	Mitgliederbeiträge Aktive		64'555.00
6001	Mitgliederbeiträge Pensionierte		14'619.00
6200	Kapitalzinsen		684.45
6300	Sonstige Erträge		8'831.75
	Total		88'690.20
	Reingewinn per 31.12.2006	13'168.30	
	Total	88'690.20	88'690.20

2. Revisorenbericht

In Ausübung unseres Mandats haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung 2006 des Vereins des Bündner Staatspersonals (VBS) geprüft. Aufgrund unserer Kontrolle können wir bestätigen, dass:

- die Bilanz und die Erfolgsrechnung mit den Buchungsbelegen übereinstimmen,
- die Buchhaltung sauber und ordnungsgemäss geführt ist,
- die Aktiven und Passiven vollständig ausgewiesen sind.

Die Jahresrechnung schliesst wie folgt ab:

	Rechnung 2006		Budget 2006
Ertrag	Fr. 88'690.20		Fr. 85'000.00
Aufwand	Fr. 75'521.90		Fr. 87'000.00
Reingewinn	Fr. 13'168.30	./.	Fr. 2'000.00

Das **Vereinsvermögen** beträgt per 31. Dezember 2006 **Fr. 95'558.04**.

Der ausgewiesene Erfolg von Fr. 13'168.30 resultiert einerseits aus einem Gewinn von Fr. 4'469.00 aus dem Verkauf von zwei Anlagefonds und andererseits aus diversen Einsparungen bei den Ausgaben.

Die Bewältigung der Aufgaben des Verbandes verlangt zunehmend Einsatz und eine grosse Kompetenz seitens der verantwortlichen Organe. Wir können aufgrund unserer Prüfungen bestätigen, dass die angefallenen Geschäfte sowohl seitens des Sekretariats wie auch des Vorstandes pflichtbewusst und fachmännisch erledigt worden sind. Ein herzlicher Dank für die geleistete Arbeit.

Wir beantragen der Generalversammlung, die Jahresrechnung 2006 zu genehmigen und die verantwortlichen Vorstandsmitglieder zu entlasten.

Chur, 30. Januar 2007

Die Rechnungsrevisoren

Albino Plozza

Prisca Sgier

3. Voranschlag

	Rechnung 2005		Budget 2006	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Mitgliederbeiträge		78'900.00		80'000.00
Zinserträge		620.75		1'000.00
Sonstige Erträge		1'230.00		4'000.00
100 Jahrfeier/Spons.				
Portokosten	1'864.75		3'500.00	
Drucksachen	8'953.05		10'000.00	
Vorstand	6'782.00		8'000.00	
Sekretariat	10'586.15		12'000.00	
Anlässe/Sitzungen	8'208.85		9'000.00	
100 Jahrfeier VBS				
VBS 2000/FUTURO	11'415.10			
Rechtsschutzvers.			12'000.00	
Mitgliedertreffen	1'033.50		1'400.00	
Verbandsbeitrag ZV	23'124.00		24'000.00	
Steuern	206.00		100.00	
Post/Bankspesen	646.09		1'000.00	
Pensioniertenausflug	635.70		1'000.00	
Reisespesen	232.80		1'000.00	
Internetauftritt			1'000.00	
Sonstiger Aufwand	488.90		1'000.00	
Werbung	1'981.20		2'000.00	
Wertschriftenverlust				
Mehreinnahmen	4'592.66			2'000.00
Mehraufwand				
	80'750.75	80'750.75	87'000.00	87'000.00

Rechnung 2006		Budget 2007		Budget 2008	
Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	79'174.00		80'000.00		80'000.00
	684.45		1'000.00		1'000.00
	8'831.75		3'000.00		2'000.00
			5'000.00		
2'273.85		3'000.00		2'500.00	
7'019.45		10'000.00		10'000.00	
7'815.00		7'000.00		9'000.00	
10'529.50		12'000.00		12'000.00	
8'908.45		9'000.00		9'000.00	
		15'000.00			
11'647.15		12'000.00		12'000.00	
1'246.20		1'000.00		1'500.00	
23'028.00		24'000.00		24'000.00	
235.00		200.00		500.00	
757.40		1'000.00		800.00	
		1'000.00		1'000.00	
736.20		1'000.00		1'000.00	
35.00		1'000.00		1'000.00	
1'000.00		1'000.00		1'000.00	
290.70		2'000.00		1'000.00	
13'168.30			11'200.00		3'300.00
88'690.20	88'690.20	100'200.00	100'200.00	86'300.00	86'300.00

4. Bemerkungen zur Jahresrechnung 2006 und zum Voranschlag 2008

Die Jahresrechnung 2006 schliesst mit Mehreinnahmen von rund 13'000 Franken ab. Dieses erfreuliche Ergebnis ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Bewährt hat sich wiederum das strikte Finanzcontrolling. Damit wird sichergestellt, dass die Budgetpositionen eingehalten werden. Dieses Controlling bildet aber auch eine verlässliche Grundlage für allfällige Kreditumlagerungen. Diese werden vom Vorstand in der Regel nach Absprache mit der Revisionsstelle beschlossen.

Im Jahre 2006 konnte der VBS mehrere Wertschriften mit einem Gewinn von rund 3'000 Franken verkaufen. Daher erfolgte im Berichtsjahr eine Wertschriftenbestandeskorrektur aus früheren Rückstellungen. Diese Korrektur beträgt rund 2'000 Franken. Insgesamt beläuft sich der Wertschriftengewinn demzufolge auf rund 5'000 Franken. Einsparungen von insgesamt rund 5'000 Franken konnten sodann bei den drei Positionen «Portokosten», «Drucksachen» und «Pensioniertenausflug» erzielt werden. Unter dem Voranschlag liegen zudem die Aufwendungen im Bereich «Internet» und «Werbung». Die Einsparungen bei diesen beiden Positionen betragen rund 3'000 Franken. Diesbezüglich sind vor allem die kostengünstigen Werbeaktionen via E-Mail anzuführen. Bei der Position «Sonstige Erträge» sind aufgrund Provisionen verschiedener Versicherungen Mehreinnahmen von rund 3'000 Franken zu verzeichnen.

Aufgrund der Mehreinnahmen und Einsparungen ist die Jahresrechnung um rund 16'000 Franken besser ausgefallen als erwartet. Gemäss Budget 2006 waren Mehrausgaben von 2'000 Franken veranschlagt worden. Der Voranschlag 2008 ist auf Basis der Jahresrechnung 2006 erstellt worden. Für das Jahr 2008 werden Mehraufwendungen von rund 3'000 Franken veranschlagt.

Mitgliederbestand, Organisation und Kommissionen

I. Mitgliederbestand

Der Mitgliederbestand ist im Jahre 2006 auf rund 1'890 Mitglieder zurückgegangen. Dies ist hauptsächlich auf den Rückgang bei der Anzahl der Aktivmitglieder zurückzuführen. Bei der Anwerbung neuer Aktivmitglieder macht sich zunehmend der bis Ende 2006 vollzogene Abbau von 170 Stellen in der kantonalen Verwaltung bemerkbar. Ein weiterer Grund für den Austritt von Aktivmitgliedern bildete wie in den Vorjahren die Aufnahme einer neuen beruflichen Tätigkeit ausserhalb des öffentlichen Dienstes. Gemäss Statuten endet in solchen Fällen auch die Mitgliedschaft beim VBS.

Die abnehmende Mitgliederzahl bildet für den Vorstand eine Herausforderung, welcher mit geeigneten Strategien entgegenzutreten ist. Insbesondere bei den Aktivmitgliedern sind im Bereich der Mitgliederwerbung zusätzliche Anstrengungen notwendig. Dabei sind auch neue Zielgruppen wie etwa die Mitarbeitenden der öffentlichrechtlichen Anstalten oder die Gemeindeangestellten anzusprechen. Ein besonderes Augenmerk ist aber auch darauf zu richten, dass die in den Ruhestand tretenden Vereinsmitglieder dem VBS als pensionierte Mitglieder weiterhin treu bleiben.

Mitgliederbestand	31. Dezember 2006	31. Dezember 2005
Aktivmitglieder	1'426	1'461
Pensionierte Mitglieder	458	454
Ehrenmitglieder	4	4
Total	1'888	1'919

2. Ehrenmitglieder

- Martin Accola, Präsident von 1986 - bis GV 1991
- Anton Meuli, Präsident von 1953 - bis GV 1962
- Albert Vanoni, Präsident von 1991 - bis GV 2000
- Georg Zimmermann, Präsident von 1979 - bis GV 1986

3. Vorstand

Seit der letzten Generalversammlung vom 17. März 2006 setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Präsident

Gion Cotti

Ressort: Kommunikation

Dienststelle und Funktion: Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement, juristischer Mitarbeiter

Vizepräsident und Aktuar

Andreas Cabalzar

Ressort: Stabsfunktion

Dienststelle und Funktion: Amt für Natur und Umwelt, Abteilungsleiter Natur und Umwelt

Mitglieder

Richard Atzmüller

Ressort: Dienstleistungen

Dienststelle und Funktion: Amt für Raumentwicklung, Leiter Abteilung Richtplanung und Grundlagen

Peter Stirnimann

Ressort: Werbung und Homepage

Dienststelle und Funktion: Tiefbauamt, Leiter Technischer Dienst / Langsamverkehr

Oskar Kaiser

Ressort: Veranstaltungen

Dienststelle und Funktion: Kantonspolizei Graubünden, Kriminalpolizei

Francesca Tambornino

Ressort: Stabsfunktion

Dienststelle und Funktion: Amt für Landwirtschaft und Geoinformation (bis Ende 2006)

Maria Pfister

Ressort: Finanzen

Dienststelle und Funktion: Amt für Justizvollzug, Kantonale Anstalt Realta, Buchhalterin

Marco Wieland

Ressort: Recht und Versicherungen

Dienststelle und Funktion: Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, Leiter Rechtsdienst

4. Sekretariat

Das Sekretariat wird in Teilzeitarbeit von Elsbeth Cabalzar-Schellenberg geleitet. Zu den Aufgaben des Sekretariates gehören hauptsächlich das Führen der Vereinsbuchhaltung, das Erledigen des Zahlungs- und Rechnungswesens sowie die Adressverwaltung der Mitglieder, das Melden von Mitglieder Mutationen an den Zentralverband und der Versand der Mitglieder ausweise, Rechnungen und weiterer Unterlagen an die Neumitglieder. Ebenso ist das Sekretariat zuständig für den Telefon- und E-Mail-Verkehr des VBS und die Verwaltung des Materialbestandes. Administrativ ist das Sekretariat dem Präsidenten und fachtechnisch der Finanzchefin unterstellt.

5. Rechnungsrevisoren

Für die laufende Amtsperiode hat die Generalversammlung folgende Revisorinnen bzw. Revisor gewählt:

- Therese Braschler, Leiterin Finanzen und Logistik beim Amt für Justizvollzug
- Albino Plozza, ehemaliger Adjunkt beim Landwirtschaftsamt
- Prisca Sgier, Steuerkommissärin bei der kantonalen Steuerverwaltung

6. Kommissionen

In der kantonalen Personalkommission ist der VBS mit drei Mitgliedern vertreten. In diesem Gremium nehmen als Vertreter des VBS Gion Cotti, Peter Stirnimann und seit Anfang 2007 Richard Atzmüller Einsitz.

Richard Atzmüller ersetzte in diesem Gremium Francesca Tambornino, welche im Hinblick auf die Generalversammlung 2007 ihre Demission als Vorstandsmitglied eingereicht hat. Als stellvertretende Mitglieder amten Maria Pfister und Marco Wieland. In der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse vertritt Andreas Cabalzar die Interessen des VBS.

Zusammenarbeit mit dem Zentralverband und anderen Personalverbänden

1. Zentralverband

Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Staats- und Gemeindepersonal Schweiz fand Mitte Mai in St. Gallen statt. An diesem Anlass war der VBS durch Francesca Tambornino als Mitglied des Zentralvorstandes sowie durch Vereinspräsident Gion Cotti vertreten. Anfang November organisierte der Zentralverband in Brunnen eine Fachtagung zum Thema «Überwachung contra Privatsphäre». An dieser Tagung nahmen vier Vorstandsmitglieder teil.

2. Bündner und Glarner ZV-Sektionen

Die Präsidentenkonferenz der Bündner und Glarner ZV-Sektionen fand Anfang November in Chur statt. Schwerpunkte dieses Meinungsaustausches bildeten hauptsächlich die bereits erfolgten bzw. anstehenden Revisionen der Personalgesetzgebungen in den Kantonen Graubünden und Glarus sowie die Anpassung der Pensionskassengesetzgebung in der Stadt Chur. Das Verhältnis zwischen den Bündner und Glarner ZV-Sektionen wurde aber auch bei anderen Treffen, namentlich durch den gegenseitigen Besuch der Generalversammlungen, gepflegt und gefördert.

3. Bündner Personalverbände des öffentlichen Dienstes

Im Zusammenhang mit der Revision der kantonalen Personalgesetzgebung hat der VBS eine enge Zusammenarbeit mit den Bündner Sektionen der Gewerkschaft SYNA, des SBK, des SBGRL und des VPOD gepflegt. Gleiches gilt für den Pflegebereich im Allgemeinen und die Neugestaltung des Spitalplatzes Chur im Besonderen. Diese Zusammenarbeit und das gemeinsame Vorgehen dieser fünf Verbände in zentralen Fragen des öffentlichen Dienstrechtes haben sich bestens bewährt. Der VBS pflegt aber auch zu den anderen Bündner Verbänden des öffentlichen Dienstes freundschaftliche Beziehungen.

99. Generalversammlung des VBS

Protokoll der 99. Generalversammlung des Vereins des Bündner Staatspersonals, 17. März 2006, 18.30 Uhr bis 20.20 Uhr im Hotel Marsöl in Chur

I. Begrüssung

Um 18.30 Uhr eröffnet Präsident Gion Cotti die 99. Generalversammlung des Vereins des Bündner Staatspersonals und begrüsst die anwesenden Mitglieder und Gäste sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Einen besonderen Gruss richtet er an Regierungsrat Stefan Engler, welcher als Vertreter der Regierung an diesem Anlass teilnimmt, sowie an Ruedi Mittner, Ehrenmitglied des Zentralverbandes. Weiter gibt Gion Cotti bekannt, dass sich Urs Stauffer, Präsident des Zentralverbandes, und weitere Gäste sowie diverse Vereinsmitglieder für die heutige Generalversammlung entschuldigt haben.

Die persönliche Einladung zur 99. Generalversammlung wurde allen Mitgliedern fristgerecht zugestellt. Die Generalversammlung ist somit beschlussfähig. Anträge von Mitgliedern betreffend die Traktandenliste sind keine eingegangen, und die vom Vorstand vorgeschlagene Traktandenliste wird von der Generalversammlung einstimmig genehmigt.

Der Präsident gibt sodann bekannt, dass Regierungsrat Stefan Engler seine Ansprache nach der Behandlung des Traktandums 4 halten wird.

2. Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler wird Peter Sprecher vorgeschlagen und gewählt.

3. Protokoll der Generalversammlung 2005

Das Protokoll der 98. Generalversammlung vom 18. März 2005 ist im Jahresbericht aufgeführt. Dieser Bericht wurde allen Mitgliedern zugestellt, und das Protokoll konnte dort eingesehen werden. Die Anwesenden werden angefragt, ob Ergänzungen oder Erläuterungen gewünscht werden. Dies ist nicht der Fall, und das Protokoll wird einstimmig genehmigt. Der Präsident dankt dem Protokollführer Andreas Cabalzar für seine Arbeit.

4. Jahresbericht

Zusammen mit der Einladung ist auch der Jahresbericht, den der Präsident verfasst hat, den Mitgliedern zugestellt worden. Als erfreulich wertet Gion Cotti in seinen ergänzenden Ausführungen die konstant hohe Mitgliederzahl und den positiven Rechnungsabschluss. Zufriedenstellend ist aber auch die Entwicklung bei der Kantonalen Pensionskasse, welche Ende 2005 einen Deckungsgrad von rund 103 Prozent aufwies. Positiv vermerkt der Präsident sodann den für das Jahr 2006 gewährten vollen Teuerungsausgleich von einem Prozent.

Auch bei zwei eidgenössischen Abstimmungsvorlagen konnte der VBS im Verbund mit weiteren Organisationen und Verbänden mit der Annahme des Partnerschaftsgesetzes und des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU zwei wichtige Erfolge verbuchen.

Nicht zu überzeugen vermochte laut Präsident Gion Cotti der Vernehmlassungsentwurf für ein neues Personalgesetz. Der VBS hat dies in seiner Stellungnahme klar zum Ausdruck gebracht und in mehreren zentralen Fragen Nachbesserungen zu Gunsten der Mitarbeitenden gefordert. Sorge bereitet dem Präsidenten aber auch die zunehmende Kluft zwischen den Generationen und ihren unterschiedlichen Erwartungen in Bezug auf die Sicherung der Sozialwerke. Der Präsident ruft diesbezüglich in Erinnerung, dass der Armutsgraben in der Schweiz quer durch die Generationen verläuft. In erster Linie muss daher die Armut bekämpft werden. Nötig ist aber auch mehr Verständnis für die gegenseitigen Anliegen der Generationen. Gerade dies ist eine unerlässliche Voraussetzung für tragbare Lösungen im Hinblick auf die nötige Erneuerung des heutigen Generationenvertrages.

In seinem Ausblick auf die kommenden Herausforderungen weist Gion Cotti auf die anstehende Revision der kantonalen Personalgesetzgebung hin. Weitere Schwerpunkte bilden sodann der Pflegebereich und die Neugestaltung des Spitalplatzes Chur.

Im Anschluss an diese Ausführungen übernimmt Vizepräsident Andreas Cabalzar das Wort und fragt die Versammlung an, ob weitere Erläuterungen zum Jahresbericht gewünscht werden. Da dies nicht der Fall ist, beantragt er der Versammlung, den Jahresbericht zu genehmigen. Diesem Antrag wird mit Applaus zugestimmt.

An dieser Stelle unterbricht der Präsident die Versammlung und übergibt Regierungsrat Stefan Engler das Wort. Dieser vergleicht in einer geistreichen Ansprache die «Sorgen eines Platzhirsches» in Wald und Flur mit den Alltagssorgen der Kantonsangestellten mit den «Platzhirschen» in ihren Fluren und Büros. Im Wald wie in kantonalen Büros gebe es scheue Rehlein, schlaue Füchse und Frechdachse. Mittendrin ständen die röhrenden Platzhirsche. «Sie machen viel Lärm um nichts, müssen ihr Revier gegen Nebenbuhler verteidigen und haben manchmal Mühe, ihr Rudel zusammenzuhalten» war die Schlussfolgerung von Regierungsrat Stefan Engler über die Sorgen der Platzhirsche jedwelcher Art. Gion Cotti dankt Regierungsrat Stefan Engler für seinen Besuch und die Ansprache und behandelt anschliessend die weiteren statutarischen Geschäfte.

5. Jahresrechnung, Revisorenbericht und Déchargeerteilung

Die Jahresrechnung 2005 wird von Präsident Gion Cotti vorgestellt. Der erfreuliche Jahresabschluss weist einen Gewinn von 4'592.66 Franken aus, und das Vereinsvermögen beträgt per 31. Dezember 2005 82'389.74 Franken. Veranschlagt worden waren für das Jahr 2005 Mehreinnahmen von 5'000 Franken.

Revisor Giuliano Crameri verliert anschliessend den Revisorenbericht 2005, welcher ebenfalls im Jahresbericht enthalten und von ihm und Rechnungsrevisor Albino Plozza unterzeichnet ist. Giuliano Crameri stellt der Versammlung den Antrag, die Jahresrechnung 2005 zu genehmigen und dem Vorstand Décharge zu erteilen. Die Jahresrechnung, die Bilanz und der Revisorenbericht 2005 werden von der Generalversammlung in der Folge ohne Gegenstimmen genehmigt. Ebenso wird dem Vorstand Décharge erteilt.

6. Jahresbeiträge 2007 und Voranschlag 2007

Der Präsident betont, dass nach dem guten Jahresabschluss 2005 und auf Basis der Voranschläge 2006 und 2007 kein Grund für eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge bestehe. Daher beantragt er, die Höhe der Mitgliederbeiträge für das Jahr 2007 unverändert zu belassen, nämlich für Aktivmitglieder bei 45 Franken und für pensionierte Mitglieder bei 33 Franken. Dieser Antrag wird von der Versammlung ohne Gegenstimmen genehmigt. Zustimmung findet auch der Voranschlag 2007, welcher Mindereinnahmen von 11'200 Franken vorsieht. Der Grund für diese Mindereinnahmen ist die 100-Jahr-Feier des VBS, welche im Jahre 2007 stattfindet. Diese einmaligen Aufwendungen sind für den VBS in Anbetracht eines Vereinsvermögens von rund 82'000 Franken durchaus verkraftbar.

7. Ersatzwahlen Vorstand

Der Präsident gibt bekannt, dass Jürg Barandun und Giusep Quinter ihre Demission als Vorstandsmitglieder eingereicht haben. Gion Cotti dankt ihnen für die geleistete Arbeit und diese wird auch von der Versammlung mit einem kräftigen Applaus verdankt. Weiter gibt der Präsident bekannt, dass der Vorstand Oskar Kalser, Mitarbeiter bei der Kriminalpolizei Graubünden, und Marco Wieland, Leiter Rechtsdienst beim Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement, als neue Vorstandsmitglieder nominiert hat. Aus der Versammlung erfolgen keine weiteren Nominationen und Oskar Kalser und Marco Wieland werden mit Applaus in den Vorstand gewählt.

8. Ersatzwahlen Revisionsstelle

Der Präsident orientiert die Versammlung, dass Giuliano Crameri seine Demission als Revisor eingereicht hat. Gion Cotti würdigt seinen langjährigen Einsatz im Interesse des VBS und dieser wird auch von der Versammlung mit kräftigem Applaus verdankt. Anschliessend gibt der Präsident bekannt, dass der Vorstand neu Prisca Sgier als ordentliche Revisorin und Therese Braschler als stellvertretende Revisorin nominiert hat. Aus der Versammlung erfolgen keine weiteren Nominationen und Prisca Sgier und Therese Braschler werden mit Applaus als ordentliche bzw. stellvertretende Revisorin gewählt.

9. Informationen betreffend die Kantonale Pensionskasse

Vizepräsident Andreas Cabalzar, Mitglied der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse, orientiert die Versammlung über die Belange der Kasse. Nach der Ausfinanzierung erfolge nunmehr der Aufbau der nötigen Wertschwankungsreserven und anschliessend sei die rechtliche Verselbständigung der Pensionskasse vorgesehen.

10. Umfrage und Verschiedenes

Der Präsident lädt zu Wortmeldungen aus der Versammlungsmitte ein. Von dieser Möglichkeit macht Paul Schwendener Gebrauch. Er weist darauf hin, dass Konkubinatspaare im Bereich der Pensionskasse im Vergleich mit Ehegatten und registrierten gleichgeschlechtlichen Paaren in ungerechtfertigter Weise benachteiligt werden. Gion Cotti erklärt, dass sich der Vorstand für eine Besserstellung der Konkubinatspaare im Vorsorgebereich einsetzen wird.

Zum Schluss dankt Gion Cotti allen Anwesenden für die Teilnahme an der Generalversammlung und erklärt den statutarischen Teil für abgeschlossen.

Chur, 17. März 2006

Der Aktuar:

Andreas Cabalzar

Wir danken unseren Sponsoren

abitare M. Hürlimann AG, Chur

Graubündner Kantonalbank, Chur

Casanova Digital, Chur

CSS Versicherung, Hauptagentur Chur

Curion Informatik AG, Chur

Druckerei Casutt AG, Chur

Kanton Graubünden

KPT/CPT, Bern

Öffentliche Krankenkassen Schweiz ÖKK, Basel

Postauto Graubünden

Prisma Videoproduktionen und Systeme AG, Chur

Rhätische Bahn, Chur

Stadtbus Chur

vico group, Informatikdienstleistungen und -beratungen, Chur

Das Organisationskomitee 100-Jahr-Jubiläum VBS

Peter Stirnimann, Vorsitz, Tiefbauamt Graubünden

Richard Atzmüller, Amt für Raumentwicklung

Guido Jäggi, Tiefbauamt Graubünden

Oskar Kalser, Kantonspolizei Graubünden

Maria Pfister, Kantonale Anstalt Realta



www.prismavideo.ch

PRISMA

Videoproduktionen und Systeme AG

Produktion ◀

Handel ◀

InterMedia ◀

Masanserstrasse 2
7000 Chur

FON 081 257 10 10

Wir sind ein eigenständiges Churer Unternehmen, das sich auf den professionellen AV-Anlagenbau und die Produktion von TV-Beiträgen, Werbe- und Industriefilmen spezialisiert hat.

Die Kombination von Präsentations-Infrastruktur und dazu passendem Inhalt ermöglicht den zielgerichteten Aufbau einer Werbebotschaft für Messe, POI, Schulung und Produktpräsentation.

Wir bringen faszinierende Welten authentisch und in ihrer ganzen Vielfalt auf die Endgeräte und lassen die Zuschauer und User aktiv daran teilnehmen - jederzeit und überall.

FAX 081 257 10 15

